Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang Dienstag, den 23. Dezember 1919 Nr. 623 / A 340 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M. bei direkter Postbezug monatl. 4.65 M., bei Zustellung unter Kreuzband für Deutschland 6.30 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Kolonelzeile oder deren Raum 1.20 M., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen (öffl. der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der weiße Terror in Ungarn.

Der Wiederaufbau der Internationale.

Noch sind die Aeußerungen ausländischer Parteiorgane über die Arbeit des Leipziger Parteitages recht spärlich, doch kann jetzt kann mit Genugtuung feststellen, daß sowohl das Leipziger Aktionsprogramm wie auch der Beschluß über die Internationale bei führenden Parteiorganen der westlichen Länder freudige Zustimmung finden. So schreibt Genosse Daniel Renoult, einer der Führer der französischen Parteimehrheit, im „Populaire" vom 17. Dezember:

„Das Problem der Wiederherstellung der Internationale, das seit langer Zeit bereits alle Sozialisten leidenschaftlich beschäftigt, ist in eine neue Phase getreten.

Die deutschen Unabhängigen Sozialisten haben beschlossen, die zweite Internationale zu verlassen.

Hiermit hat diese den Todesstoß erhalten.

Bis zum Kongreß von Leipzig konnte man der Ansicht sein, daß in kürzerer oder längerer Zeit die gereinigte und erneuerte zweite Internationale von neuem alle sozialistischen Kräfte der ganzen Welt bei sich vereinen würde. Hervorragende Genossen, die vor allem stets bemüht waren, in den nationalen Verbänden die Einigkeit aufrechtzuerhalten und sie in der internationalen Organisation so bald wie möglich wieder herzustellen, wollten die Hoffnung nicht aufgeben.

Jetzt hat sich das Geschick vollendet. Der Genfer Kongreß wird nicht berufen werden; die zweite Internationale ist verurteilt, zu verschwinden.

Was nun? Mit einem Gefühl ängstlicher Beklommenheit stellen sich die aufrichtigen Sozialisten diese Frage.

Der Sozialismus kann ohne Internationale nicht bestehen. Sie muß also aufs schnellste wieder hergestellt werden. Die Verlängerung der durch den Krieg erzeugten Trennung würde dem Sozialismus in allen Ländern die größten Gefahren bringen. Es ist zweifellos, daß die internationale Einigkeit die Bedingung der sozialistischen Einigkeit in jedem Lande ist. Man kann es bedauern, daß in manchen Ländern, wie z. B. bei uns in Frankreich, die Spaltung der Internationale nicht auch die Spaltung der sozialistischen Kräfte des Landes zur Folge gehabt hat; aber es ist klar, daß wenn die Internationale nun nicht schleunigst wieder hergestellt wird, neue Spaltungen sich vollziehen werden.

Die Unabhängigen Sozialisten Deutschlands wissen das alles. Bevor sie ihren Entschluß gefaßt haben, haben sie alle Folgen erwogen. Sie kennen insbesondere die Lage in Frankreich ganz genau. Der Wunsch, auf das allerschnellste die sozialistischen Kräfte auf einer einzigen Grundlage wieder zu vereinen, führte sie zu dem Entschluß, die zweite Internationale zu verlassen, ohne der dritten beizutreten. Sie wandten sich mit ihrem Aufruf an alle Genossen, durch gemeinsame Anstrengung die wahre, das heißt, die vollständige, alle sozialistischen Proletarier der ganzen Welt vereinigende Internationale wieder herzustellen.

Aus tiefstem Innern hoffen wir, daß der Ruf erhört werden wird.

So muß es sein, zunächst für den gesamten französischen Sozialismus, der keiner internationalen Organisation verbleiben kann, in der nicht die deutschen Sozialdemokraten verbleiben sind, die sich während des Krieges vor jedem Einverständnis mit der kaiserlichen Regierung bewahrt haben.

Indem die Franzosen sich den Bemühungen der Unabhängigen, die Einheit der Internationale wieder herzustellen, anschlössen, könnte es möglich sein, den Anschluß der westlichen Parteien zu bewirken und insbesondere den der italienischen Partei, die zwischen den beiden gegenwärtigen Richtungen eine bewunderungswürdige vermittelnde Rolle spielte, würdig ihrer ruhmvollen Geschichte.

Aber um zum Ziele zu gelangen — oder um vorsichtiger zu sprechen — um dies Unternehmen zu versuchen, muß man genau nach den grundlegenden Ideen handeln, die die Aktion der Unabhängigen geleitet haben.

Die Unabhängigen konnten und mußten eine solche Führung ergreifen, weil sie allein eine vermittelnde und zentrale Meinung zwischen den beiden Internationalen vertraten. Wenn man nicht will, daß ihre Initiative verpuffe, wenn man vielmehr will, daß eine einige und starke Internationale aufs schnellste aus den Ruinen des Krieges auferstehe, so muß man das Problem in dem gleichen Willen behandeln, der die Unabhängigen geleitet hat, nämlich mit dem Willen, zwischen den beiden Internationalen eine Brücke zu suchen.

Das erste Ergebnis, das man erreichen muß, ist also der Beitritt im allgemeinen zum Aktionsprogramm der Unabhängigen.

Dieses Programm verwirft zunächst die Zusammenarbeit der Klassen, eine Forderung, die die Grundlage der Erklärungen bildete, welche in Amsterdam die gesamte Internationale verpflichteten, und im besonderen die gesamte französische Partei durch ihren Einigungsvertrag. Diese Verurteilung der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung nach soviel schmerzlichen Erfahrungen, erscheint als eine unbedingte Notwendigkeit. Ohne sie kann es keine vorwärtsschreitende sozialistische Aktion geben, die mit Festigkeit auf das unverrückbare Ziel der Revolution gerichtet ist.

Das ist die höchste Regel, von der es keine Ausnahme geben darf, und unter welche die gleiche Disziplin die Menschen und die Organisationen beugen muß.

Die Unabhängigen verlangen außerdem, und hier sehen wir eine Annäherung an die letzten Kundgebungen der Italiener und die der dritten Internationale, die Anerkennung des Kampf- und Aktionswertes der Arbeiterräte für die Verwirklichung des revolutionären Zieles. Es handelt sich für sie nicht um einen Ergebenheitsakt für den russischen Sowjetismus, sondern um einen Akt der Anerkennung der historischen Rolle, die diese Organe gespielt haben, deren Einrichtung und Bedeutung in den einzelnen Ländern in allen aus dem Kriege entstandenen Revolutionen verschieden waren.

Der westliche Sozialismus kann im Namen seiner politischen und gewerkschaftlichen Erfahrung verlangen, mit einer besonderen Aufmerksamkeit an dieses Problem heranzutreten, für welches übrigens viele seiner Anhänger bereits deutlich Partei genommen haben. Und es scheint, daß es möglich ist, über diesen Punkt zu einer Einigung zu kommen wie früher über die so schwierigen und bestrittenen Fragen des revolutionären Generalstreiks und des Aufstandes.

Zwar ist noch keineswegs bewiesen, daß die Annahme des von den Unabhängigen in Leipzig entworfenen Programms genügen würde, um unmittelbar „die Einigung" der beiden Internationalen zu verwirklichen. **Aber ohne jeden Zweifel ist der Weg, den sie vorschlagen, der sicherste und der schnellste, um zu diesem Ergebnis zu kommen.** Nur auf diese Weise kann man gegenwärtig aufs schnellste alle sozialistischen Kräfte der Welt wieder zusammenfügen für die Verteidigung der russischen Revolution, die immer noch in großer Gefahr ist und für die Verteidigung der deutschen Revolution, die durch die Schuld und durch das Verbrechen der korrupten Rechtssozialisten, die nach dem Sturz des Kaisers ihre Verbindung mit dem preußischen Militarismus und der imperialistischen Bureaukratie fortgesetzt haben, ihrem Ruin entgegenzugehen droht. Es ist das wirksamste und geeignetste Mittel gegen die Reaktion, die überall die geschlossenen und disziplinierten Kräfte des Proletariates aller Länder bedroht.

Wir sehen uns also einer großen Pflicht gegenüber, und die französische sozialistische Partei würde sich selber ehren, indem sie als erste antwortete: „Wir folgen dem Rufe der deutschen Genossen, die vor Wilhelm II. und vor Noske sich ohne Furcht und Tadel hielten."

In ähnlichem Sinne wie Genosse Renoult kommentiert die „Berner Tagwacht", eines der führenden Organe der schweizerischen Sozialdemokratie, in einem redaktionellen Artikel die Beschlüsse des Leipziger Parteitages. Sie stellt fest, daß die Beschlüsse des Parteitages über Programm und Taktik selbstverständlich auch analoge Beschlüsse hinsichtlich der Internationale zeitigen.

„Wurde für die fernere Arbeit, Agitation und die weiteren Kämpfe völlige Uebereinstimmung erzielt und in einem Aktionsprogramm eine Plattform der Einigung gefunden, die unzweifelhaft eine starke Radikalisierung und Klärung zugleich bedeutet — Anerkennung aller Mittel: Parlamentarismus, aber auch Rätesystem; Diktatur des Proletariats, aber Ablehnung der Gruppendiktatur, Ablehnung der Diktatur einer Minderheit —, so sind auch die Beschlüsse in bezug auf die Internationale als Linksorientierung aufzufassen."

Ueber die Konsequenzen des Beschlusses über die Internationale heißt es darin weiter:

„Dem scharfgezogenen Trennungsstrich gegenüber der zweiten Internationale folgte die prinzipielle Anerkennung der dritten Internationale. Es ist einerseits die logische Konsequenz des Aktionsprogramms, das sich zum Rätesystem und zur Diktatur bekennt; aber ebenso logisch ist der nur bedingt ausgesprochene Beitrittswillen, entsprechend den taktischen Vorbehalten im Programm hinsichtlich Parlamentarismus und Diktatur. Der Beitritt zur Moskauer Internationale ist kein bedingungsloser. Zwar fiel ein Antrag Ledebours durch, der vorerst eine internationale Konferenz forderte zur Schaffung einer revolutionären Internationale unter Verständigung mit den an Moskau angeschlossenen Gruppen. Abgelehnt wurde aber auch eine Resolution Stöcker, die erklärt, die U. S. P. ist mit „den Grundsätzen der dritten kommunistischen Internationale einverstanden". Das wäre die bedingungslose Anerkennung des kommunistischen Programms gewesen und die U. S. P. hätte nicht notwendig gehabt, sich vorher auf ein eigenes zu einigen, das sich

An die sozialistischen Parteien aller Länder.

Seit dem Sturz der Räteregierung wütet in Ungarn der weiße Terror. Alle Gefängnisse sind überfüllt. Sozialdemokraten, Kommunisten und Arbeiter werden in den Gefängnissen fürchterlich mißhandelt. Dem roten Terror in der Zeit der Rätediktatur sind 500 Menschen zum Opfer gefallen. Der weiße Terror soll seit dem Sturz der Räte-Republik schon 5000 Menschen gemordet haben. Zu dem brutalen Mord der weißen Garden gesellen sich die „legalen" Morde der konterrevolutionären Justiz.

Täglich werden in Budapest Todesurteile gefällt. Viele dieser Urteile sind schon vollzogen. Zum Tode verurteilt werden nicht nur Verbrecher, denen der Bürgerkrieg Gelegenheit zur Betätigung ihrer Mord- und Raubgelüste gegeben hat, sondern auch lautere Idealisten und ehrliche Revolutionäre. So ist Corvin zum Tode verurteilt worden, ein Mann, den alle, die ihn kennen, als einen von reinem Idealismus erfüllten Revolutionär schildern und von dem alle, die seine Tätigkeit in der Zeit der Rätediktatur beobachtet haben, bestätigen, daß er einen hartnäckigen Kampf gegen die verbrecherischen Exzesse des roten Terrors geführt und ihm viele seiner Opfer entrissen hat, und ebenso harrt vieler anderer ehrlicher Vorkämpfer des ungarischen Proletariats der Galgen.

Die Ententemächte haben die ungarische Rätediktatur zu Fall gebracht. Mit ihrer Zustimmung wurde Budapest vor dem Abzug der rumänischen Truppen von der konterrevolutionären weißen Garde besetzt. Dadurch wurde das ungarische Proletariat den Cevajgnacs und Gallifets der ungarischen Konterrevolution ausgeliefert. So sind die Ententeregierungen mit verantwortlich geworden für die Ereignisse in Budapest. Aber die Ententeregierungen haben zwar zur Zeit der Rätediktatur die konterrevolutionäre Bourgeoisie gegen den roten Terror mit Erfolg geschützt, sie haben aber bisher noch nichts getan, um das revolutionäre Proletariat gegen die wilde Rachsucht des weißen Terrors zu schützen.

Schweigen die Regierungen, so haben die Arbeitermassen zu sprechen. Wir fordern daher die sozialistischen und Arbeiterparteien aller Länder auf, mit uns gegen die blutigen Greuel der ungarischen Konterrevolution zu protestieren. Wir fordern insbesondere die Arbeiter und Sozialisten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten auf, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie durch ihr Machtwort dem grausamen Wüten des weißen Terrors in Ungarn ein Ende setzen.

Genossen, bedenkt, daß in Budapest Tag für Tag Todesurteile gefällt, von Woche zu Woche Todesurteile vollzogen werden. Ihr müßt laut, Ihr müßt vor allem schnell sprechen, wenn Ihr die Vorkämpfer des ungarischen Proletariats ihren Henkern entreißen wollt.

Wien, 22. Dezember 1919.

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

vom kommunistischen schon dadurch unterscheidet, daß es nicht schablonenhaft nachmacht, was in Rußland wahrscheinlich Notwendigkeit war, anderswo aber das Gegenteil bewirken würde, und weil es energisch mit putschistischen und blanquistischen Methoden aufräumt, die besonders noch in deutschen Kommunistenkreisen spuken. Man einigte sich auf eine Resolution des Parteivorstandes, die zwischen den verschiedenen Strömungen vermittelnd das eben gutgeheißene Aktionsprogramm als Grundlage bezeichnet für die Verhandlungen mit Moskau und mit den sozialrevolutionären Parteien der übrigen Länder zur Bildung einer neuen proletarischen Internationale.

Man sieht, daß die Unabhängigen Deutschlands zu ähnlichen Beschlüssen kamen wie die sozialdemokratische Partei der Schweiz. Sie knüpfen an den Beitritt zu Moskau Vorbehalte, die auch andern Parteien, besonders denen der westlichen Länder, den Beitritt ermöglichen sollen. Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie lehnte in Basel die Vorbehalte ab, trotzdem sie in allen den Eintritt befürwortenden Reden immer wieder als „selbstverständliche Voraussetzungen" zum Ausdruck kamen. Die Urabstimmung konnte diesen Beschluß nur noch bestätigen oder verwerfen. Sie verwarf, weil sie nicht bedingungslos beitreten wollte. Verwarf mit einer Motivierung, die im Grunde das gleiche besagt, was die prinzipielle Zustimmung der Unabhängigen bedeutet: Grundsätzliche Anerkennung der Moskauer Internationale und Solidarisierung mit der russischen Revolution, aber Schaffung einer Plattform, auf der sich auch andere sozialrevolutionäre Parteien bewegen können.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz, die leider den Parteitag der Unabhängigen nicht besuchen konnte infolge der schlechten Verbindungen, wird gerne mithelfen, dieses Ziel zu erreichen."

Wir verzeichnen mit Genugtuung die Ausführungen im „Populaire" und in der „Berner Tagwacht". Wenn diese Anschauungen sich in der französischen und schweizerischen Partei durchsetzen, ist zu erwarten, daß das Ziel, das wir uns von Anfang an hinsichtlich des Wiederaufbaus der Internationale gestellt haben, nämlich den der Schaffung einer Plattform für die Verewigung aller sozialrevolutionären Parteien der östlichen wie der westlichen Länder, auf dem Wege über den Leipziger Beschluß seiner Verwirklichung nahe gebracht wird.

Klassenkämpfe im roten Belgien.

Aus unserem holländischen Parteiorgan „Het Volk" erfahren wir, daß die belgischen Genossen Jamar, Longwille und Luys verhaftet und ins Gefängnis überführt worden sind: Andere Verhaftungen ständen bevor. Gegen Jamar schwebt ein Prozeß. Er ist des „Defaitismus" angeklagt, den sein Blatt „Der belgische Sozialist" gefördert habe. Gegen die beiden andern Genossen scheinen ähnliche Anklagen erhoben worden zu sein. — „Der belgische Sozialist", der während des Krieges gegründet wurde und in Holland für die dorthin geflüchteten belgischen Arbeiter erschien, hat alles andere eher getrieben als Defaitismus. Es war eins der wenigen sozialistischen Blätter, die auch während des Krieges nicht vergaßen, daß der Sozialismus international sein muß und daß es Pflicht jedes Sozialisten ist, neben den Sünden der anderen Regierungen auch die der eigenen aufzudecken. „Der belgische Sozialist" ist zudem nicht vom Standpunkt des Klassenkampfes abgewichen, und das wird wohl die Hauptursache der gegen seinen Leiter inszenierten Hetze sein.

Longville ist Gemeinderatsmitglied und Vorstandsmitglied im Verband der Gewerkschaften. Luys Schatzmeister des Verbandes und Administrator der sozialistischen „Volksgazet". Es hat den Anschein, als ob in ihnen nicht die Personen, sondern der Vertreter der Arbeiterklasse getroffen werden sollte, als ob man Rache nehmen wollte für den großen sozialistischen Wahlsieg. — Die Aufregung unter der Arbeiterschaft von Antwerpen ist natürlich groß. Am Sonntag vor acht Tagen, dem Tage der Festnahme, sollte eine Versammlung der Metallarbeiter und Transportarbeiter stattfinden, die vergeblich auf die Vorstandsmitglieder warteten. Als der Grund bekannt wurde, brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Arbeiter konnten nur mit Mühe von Straßenmanifestationen zurückgehalten werden. Ein Sympathietelegramm für die Gefangenen und ein Protesttelegramm an Vandervelde, den sozialistischen Justizminister, wurde abgesandt. Ein 24stündiger Proteststreik wurde vom Seemannsverband beschlossen und durchgeführt. — Einer Abordnung von Arbeitern, die zu Vandervelde ging, erklärte dieser, er könne in der Angelegenheit nichts tun, er müsse dem Gericht Handlungsfreiheit nach Ehre und Gewissen lassen. (Die „Volksgazet" bemerkt dazu: Aber wenn die Kerls keine Ehre und kein Gewissen haben?) Die Abordnung teilte dem Minister mit, daß sie nicht dulden würden, daß Arbeiterführer, die nichts Böses getan hätten und die nicht die Absicht hätten, sich dem Gericht zu entziehen, wie gemeine Verbrecher behandelt würden.

Der Artikel der „Volksgazet" kritisiert das Vorgehen der Justizbehörden mit der gebührenden Schärfe und schließt: Wißt denn, Gerichtsherren, daß die Arbeiter keine Feiglinge sind. Wißt denn, daß sie es waren, die Belgien frei kämpften; die im besetzten Gebiet Hunger litten, die in der Fremde in Verbannung lebten. Wißt denn, daß sie es sind, die Belgien jetzt wieder aufbauen müssen. — Wißt denn endlich auch, daß es Zehntausende an Zahl sind und daß die Zehntausende Euch zurufen: Gebt uns die Gefangenen wieder. Laßt unsere unschuldigen Führer in Freiheit. — Im Namen der zehntausend Arbeiter, die streiken, im Namen der zehntausende, die noch in der Arbeit sind, aber sich für die größte Aufopferung vorbereiten, im Namen von 80 000 Männern und Frauen unserer Gewerkschaften verlangen wir die sofortige Freilassung von Jamar, Longville und Luys.

Das Wort hat nun der Prokurator des Königs!"

Die Lage Vandervelde ist nicht gerade angenehm. Er erklärt, daß er nicht eingreifen könne. Aber war es nicht möglich, vorher einen Wink zu geben? Dazu kommt noch, daß Jamar Kammermitglied ist, daß sein Mandat für ungültig erklärt wurde, daß aber das Gericht der Ansicht ist, es brauche Jamar nicht freizulassen, da seine Verhaftung vor der Gültigkeitserklärung erfolgt sei. Es scheint, als ob man große Kämpfe mit Gewalt herbeiführen wollte! Man darf gespannt sein, wie sich dazu die sozialistischen Mitglieder der Regierung und wie sich die sozialistische Kammerfraktion verhalten werden.

Helfferichs Frechheit. Helfferich hat durch eine ihm ergebene Korrespondenz verbreiten lassen, daß er trotz der Entscheidung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über den vorgebrachten Einspruch bei diesem verharren und die Zahlung der Geldstrafe verweigern werde. Wie die „V. G. N." aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat der Untersuchungsausschuß gleich die Anwendung der Mittel beschlossen, die das Gesetz gegenüber Leuten, die nicht zahlen wollen, vorsieht. Herrn Helfferich wird also seine Aufsässigkeit nicht viel nützen und ihn nur noch mehr lächerlich machen, als er es ohne dies schon getan hat.

Wer nicht grüßt, wird erschossen!

Der Bezirksverband „Wasserkante" des Republikanischen Führerbundes teilt der Bundesleitung die beiden folgenden, unerhörten Vorkommnisse mit:

Am Freitag, den 12. Dezember, vormittags kam der Materialien-Verwaltungs-Oberanwärter K. aus dem Lazarett Feldstraße in Kiel, wo er sich seit etwa drei Wochen seiner erkrankten Augen wegen in Behandlung befindet. In der Nähe der Garnisonkirche am Niemannsweg begegnete er dem Leutnant z. S. Kl. von der Ostsee-Torpedobootsflottille, den er, noch geblendet von der stattgefundenen Behandlung und dem Lichtwechsel, nicht als solchen erkannte, und ohne zu grüßen vorüberging. Der Leutnant Kl. rief den Oberanwärter zurück und verlangte ihm den Ausweis ab. Oberanwärter K., verwirrt durch den barschen Ton des Offiziers, versuchte sich einer beabsichtigten Meldung und sicheren Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Kaum war er jedoch 10—15 Schritt gelaufen, krachte ein Schuß hinter ihm her. Er blieb hierauf stehen und wurde von dem Offizier zur Militärkriminalabteilung gebracht, wo man ihm klar machte, daß sein Verhalten ein absolut strafwürdiges und dasjenige des Offiziers durchaus gerechtfertigt sei. Anscheinend soll die Sache für den Oberanwärter K. noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Das sind also die Errungenschaften unserer jungen Republik, daß man beim Nichtgrüßen von Vorgesetzten über den Haufen geschossen werden kann, während früher die Sache mit einem Anschnauzer und drei Tagen Kasten abgeschlossen wurde. Warum läßt man die Offiziere eigentlich ständig mit dem Schießeisen auf der Straße herumlaufen? Sollte der Reichswehrminister tatsächlich nicht in der Lage sein, den Uebermut und die wachsende Provokationstätigkeit seiner Offiziere in Schranken zu halten?

Ein weiterer Fall. Am 10. Dezember meldete der Kapitän Hagedorn, Kiel: „Der Obermatrose N., 2. K. 1. T.-D., passierte mich ohne mich zu grüßen. Als ich ihn fragte, warum er mich nicht gegrüßt habe, gab er keine Antwort. Er ging weiter und lief dann fort. **Erst durch Bedrohungen mit der Schußwaffe brachte ich ihn zum Stehen.** Um Mitteilung des Veranlassten wird gebeten."

Die Bundesleitung des Republikanischen Führerbundes hält es für ihre Pflicht, der Oeffentlichkeit gegenüber, zu bemerken, daß derartige Vorkommnisse in den Hafenstädten an der Tagesordnung sind und weiter, daß die Angehörigen der Marine angesichts dieser Tatsachen das Vertrauen zum Reichswehrministerium vollkommen verloren haben und eventuell entschlossen sind **gegen die Provokationen solcher Offiziere zur Selbsthilfe zu schreiten.**

Aus der Kloake.

Der Vater des Ernst Sonnenfeld teilt der Presse u. a. mit, daß er die Behauptung seines Sohnes über Liebknecht und Luxemburg insoweit zu stützen bereit sei, als er nicht nur seinerzeit schon Kenntnis davon gehabt habe, sondern daß er auch jetzt durch Eid erhärten wolle:

1. Daß auch mir gegenüber seinerzeit, im Reichstag von einer dem „Volksbeauftragten", resp. dem „Ministerpräsidenten Scheidemann" sehr nahestehenden Seite erklärt wurde, daß für den Tod von Liebknecht und Luxemburg 100 000 M. bereitgestellt seien, und zwar von Scheidemann und Sklarz.

2. Daß ich willens und in der Lage bin, den Beweis dafür zu erbringen, daß aus Mitteln des Regiments Reichstag, die, wie zu erweisen ist, später vom Reich gedeckt worden sind, nach meiner Schätzung mehrere hunderttausend Mark für Zwecke der Propaganda der S. P. D. anläßlich der Wahl zur Nationalversammlung und auch früher schon gezahlt wurden.

Anläßlich dieser Behauptungen und der Tatsache, daß auch noch andere Zeugen zu gleichen Aussagen bereit sind, wird die Oeffentlichkeit sich mit der Antwort Scheidemanns wohl ebenso wenig zufrieden geben können wie mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission durch die rechtssozialistische Partei. Von ihr gilt, wie die „Berliner Volkszeitung" schreibt, daß „das politische Verantwortlichkeitsbewußtsein von den Mehrheitssozialisten Berlins ganz im Stile der alten Politik des Gehen- und Geschehenlassens aufgefaßt wird". Von einer solchen Politik wird aber niemand die Klärung und einwandfreie Untersuchung der Anschuldigungen erwarten. Sie muß deshalb durch eine Untersuchungskommission der Nationalversammlung geschaffen werden.

Der Mecklenburger Abfindungsskandal.

Bis zur Revolution waren die Mecklenburg-Schweriner Großherzöge in ständigen Geldnöten, sie mußten sich dauernd als Bittsteller bei der in Mecklenburg regierenden Ritterschaft einstellen. Diese benutzten die Finanznöte der Großherzöge stets zur Erweiterung der ritterschaftlichen Macht. Der Landtag hat nunmehr dem abgedankten Friedrich-Franz und seiner Sippe mit einem Schlage aus allen Geldverlegenheiten geholfen. Sechs Millionen Mark in bar, vier Güter im angeblichen Gesamtwert von etwa zwei Millionen Mark, drei Forsten (Wert eine Million), das Ludwigslust Schloß mit einer Unzahl Nebengebäuden, zwei Palais, vier Wohnhäuser und eine ganze Anzahl weiterer Gebäude und Grundstücke sind dem Großherzog zugesprochen. Der Wert der Güter und Forsten ist in dem Auseinandersetzungsvertrag — um das Volk zu täuschen — viel zu niedrig eingesetzt. Grambow ist z. B. mit einer Million bewertet. Dabei hatte vor dem Kriege die Ritterschaft dem Großherzog aus Staatsmitteln zwei Millionen bewilligt, damit er das Gut erwerben konnte. Nach allen Gesetzen der Logik handelte es sich bei der Ueberlassung des Gutes um eine Verschenkung von Landeseigentum. Der Forst Heiligendamm ist bei den ungeheuren Holzpreisen gerechnet zum Werte von 0,00 M. Den Mitgliedern der großherzoglichen Familie werden weiter jährlich 285 000 M. Apanagen gezahlt, dem Herzog Paul Friedrich außerdem die Schulden, die er bei einheimischen kleinen Gewerbetreibenden (Likörfabrikanten) gemacht hat. Sofern durch vom Reich oder vom Land erhobene Vermögensabgaben, Einkommen- und Vermögenssteuern das Einkommen unter eine festgesetzte Grenze sinkt, sind dem Großherzog diese Steuern aus Landesmitteln zu ersetzen. Ueber die Güter, Forsten, Grundstücke kann der Großherzog freihändig verfügen. Er kann sie zu Spekulationsobjekten machen. Der Staat übernimmt die Hälfte der Pensionen und Hinterbliebenengelder der längst entlassenen Hofbeamten. Der Großherzog erhält besondere Jagdgerechtsame usw. usw.

Das hat sich der lange Friedrich-Franz, als er im November 1918 angeschlotternd die Verzichturkunde unterzeichnete, nicht träumen lassen. Und die sozialdemokratische Fraktion im Landtag? Sie stimmte — — gegen die Abfindung! 32 bürgerliche Abgeordnete und 32 Noskeabgeordnete zählt der Schweriner Landtag. Trotzdem fand der Abfindungsantrag Annahme. Der rechtssozialistische Finanzminister Asch hatte erklärt, daß er demissioniere, wenn die Vorlage abgelehnt würde.

Der rechtssozialistische Landtagspräsident, Parteisekretär Kröger, wußte durch allerhand Schieberpraktiken das Land vor diesem Unglück zu bewahren. Er übertrumpelte die wenigen Rechtler, die Gegner dieser Art Abfindung waren, indem er die Abstimmung unvermutet auf die Tagesordnung setzte. Und er sorgte dafür, daß bei der Abstimmung soviel Noskesozialisten den Saal verließen, daß die bürgerlichen Abgeordneten die Mehrheit erhielten. Der Rest der Rechtssozialisten durfte, um das Dekorum zu wahren, gegen die Vorlage stimmen.

Wenn nun auf Kosten der Allgemeinheit die Schweriner abgedankten Hoheiten ein üppiges Leben führen können, dürfen sie sich mit Fug und Recht bei den Abhängigen bedanken!

Die Friedensfrage in der italienischen Kammer.

Rom, 22. Dezember.

Die Kammer hat gestern das Budgetzwölftel angenommen. Ministerpräsident Nitti hielt eine große Rede, in der er namentlich auf die Behauptungen der Redner in den vorangegangenen Sitzungen antwortete und erklärte, daß Italien in Europa zugunsten einer Politik des Friedens arbeiten wolle. Bezüglich der Adriafrage bestätigte Nitti, daß Italien die freundschaftlichsten Beziehungen zu Süd-Slawien aufrechtzuerhalten wünsche. Die Frage von Fiume habe für Italien eine moralische, nicht aber wirtschaftliche Bedeutung. Die Alliierten hätten Italien hierin niemals Schwierigkeiten bereitet. Dieses Problem dürfe nicht von einem den Alliierten feindlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Die von der französischen Regierung formulierten Vorschläge bildeten ein Minimum. Die große Mehrheit der Bevölkerung von Fiume habe sich für die Annahme der Vorschläge der italienischen Regierung ausgesprochen. Frankreich und England ihrerseits hätten ihre freundschaftliche Billigung, wenn nicht ihr volles Einverständnis gegeben. Nachdem Nitti seinem Vertrauen in die Zukunft des Landes Ausdruck gegeben hatte, hob er die Notwendigkeit einer Auslandsanleihe hervor und erklärte sich zur Annahme der Tagesordnung Mollasi bereit. Die von ihm über diese Tagesordnung gestellte Vertrauensfrage wurde unter Namensaufruf mit 242 gegen 216 Stimmen angenommen.

In Beantwortung verschiedener eingegangener Tagesordnungen erklärte Nitti, die Regierung stehe zur Verfügung der Kammer. Für alle gewünschten Erklärungen, namentlich über die Frage von Montenegro, bezüglich der Auskunft über die Kriegsausgaben usw. nahm die Kammer eine Tagesordnung Alessio an, welche die Regierung einladet, einen Gesetzentwurf über die Revision der Kriegsausgaben einzubringen. Bezüglich der Zensur führte Nitti aus, daß sie aufgehoben würde, sobald die Frage von Fiume gelöst sei. Giolitti erklärte, daß er zugunsten der Regierung stimmen werde. Die Erklärung Giolittis gab zu Unterbrechungen, Zwischenrufen und Kommentaren Anlaß.

Bacci erklärte im Namen der offiziellen Sozialisten, daß sich seine Partei jedem Versuch parlamentarischer Reaktion entgegenstellen werde. Die Tagesordnung, die die Aufhebung der Zensur beantragt, und eine Tagesordnung über die Veröffentlichung der diplomatischen Dokumente bezüglich der Neutralität Italiens im Kriege wurde verworfen, das Budgetzwölftel in gemeinsamer Abstimmung mit 256 gegen 119 Stimmen angenommen.

Hierauf wurde das Auswanderungsgesetz mit 260 gegen 115 Stimmen gutgeheißen. — Die Kammer vertagte sich sodann auf den 28. Januar 1920.

*

Von den 156 Sozialisten der neuen Kammer gehören, wie die „Berner Tagwacht" mitteilt, 54 Abgeordnete dem maximalistischen Flügel mit Bombacci und Serrati an der Spitze an. Die gemäßigte Richtung zählt 74 Abgeordnete, darunter Turati, Treves, Lazzari, Modigliani, der Gewerkschafter d'Aragona usw. 24 der gewählten sozialistischen Abgeordneten haben sich politisch noch in keiner Weise betätigt und waren nur zur Ergänzung auf die Kandidatenliste genommen worden.

Eine Forderung der amerikanischen Arbeiter.

T. U. Amsterdam, 22. Dezember.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times" meldet: Von einer Zusammenkunft der American Federation of Labour, die zur Besprechung der Lage einberufen worden war, wurde ein Bill of Rigthe (Arbeiterforderungen) aufgestellt, die den republikanischen und demokratischen Parteien als Richtschnur dienen kann. Die Federation ist gegen die neue Arbeiterpartei, die in den letzten Tagen in Chikago begründet wurde. Sie bleibt bei der alten Mehrheit, indem sie jeder Partei Unterstützung verspricht, die am meisten bietet. Vom kritischen Standpunkt aus betrachtet, so sagt der Berichterstatter, sind die Forderungen der Bill of Rigths nicht übertrieben. Es wird hervorgehoben, daß die Arbeiter nicht mehr zu der Unterdrückung zurückkehren wollen, wie sie vor dem Kriege bestand. Sie erklären, ein Anrecht auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu haben.

Viktor Berger wiedergewählt.

T. U. New York, 23. Dezember.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet, daß Viktor Berger, der als Vertreter von Milwaukee der einzige Sozialist im Repräsentantenhaus war und wegen Vergehen gegen das sogenannte Spionagegesetz seines Sitzes für verlustig erklärt wurde, wiedergewählt worden ist. Er erhielt 7000 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen.

Der Reichsrat hat in seiner heutigen Sitzung dem Gesetz über das Reichsnotopfer, über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft und dem Umsatzsteuergesetz in der von der Nationalversammlung beschlossenen Fassung seine Zustimmung erteilt.

Rücktritt des holländischen Kriegsministers. Die holländische zweite Kammer hat einen Aenderungsantrag des freien demokratischen Mitgliedes Marchant, 1 800 000 Gulden zur Anschaffung von Material und Munition für das Heer zu sparen, mit 45 : 41 Stimmen angenommen und darauf den Heeresetat mit 46 : 38 Stimmen genehmigt. Da der Heeresetat bereits in der vorigen Woche um etwa 4 Millionen herabgesetzt worden war und jetzt eine Herabsetzung um weitere 2 Millionen genehmigt wurde, hat der Kriegsminister seinen Abschied eingereicht.

Wo stecken die Schieber?

Das Schieberhandwerk steht in vollster Blüte. Selbst während des Krieges ist nicht so viel verschoben worden wie jetzt, und man fragt sich immer wieder, ob denn diese Pest gar nicht wirksam bekämpft werden kann. Wir haben auf Grund eines reichhaltigen Materials jetzt die Ueberzeugung gewonnen, daß die gewerbsmäßigen Schieber kaum noch etwas machen könnten, wenn sie von den Behörden schärfer angefaßt würden. Ja, es drängt sich uns aufs schärfste die Vermutung auf, daß Angestellte und Beamte, selbst höhere Beamte, an diesen Schiebungen interessiert sind und daran mitverdienen.

Mit welcher Frechheit die Schieber auftreten, zeigt folgender Fall, den wir der Oeffentlichkeit unterbreiten, um auch zu zeigen, mit welchem Gleichmut die Verfolgung der Schieber aufgenommen wird.

Anfang November wurden vom Arbeiterrat in Schneidemühl drei Waggon gebrauchter Militärstiefel, die bei einem Kaufmann Erich Lippmann dortselbst untergestellt waren, beschlagnahmt. Die Stiefel sollten erst nach Polen verschoben werden, sind aber an der Grenze in Marggrabowa angehalten und dann nach Schneidemühl zurückgesandt worden. Es stellte sich später heraus, daß die Stiefel bei der Altleder-Verwertungsstelle Berlin-Friedrichsfelde im September d. J. gekauft und an die Firma Labrygga u. Co. in Suwalki gebracht werden sollten. Trotzdem Lippmann die Ausfuhrgenehmigung von dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung erhalten hatte, hat die Landes-Grenzpolizeiinspektion in Marggrabowa die Ausfuhr der Stiefel nicht gestattet. Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat dann nach Benachrichtigung durch den Arbeiterrat in Schneidemühl auch ihrerseits die Beschlagnahme ausgesprochen. Bemerken wollen wir noch, daß dieses Eingreifen der Reichsstelle erst 14 Tage später erfolgte, wie auch sonst vielfach auf Anfragen aus Schneidemühl die Antworten erst nach nochmaliger Nachfrage einliefen.

Am 2. Dezember wurde der Städtischen Bekleidungsstelle in Schneidemühl die Beschlagnahmeverfügung mitgeteilt und ihr anheimgegeben, sich mit der Firma Lippmann wegen des Uebernahmepreises ins Einvernehmen zu setzen. Und nun kommt das Schönste, die Rechnung der Firma. Sie berechnete zunächst jedes Paar Stiefel (es handelte sich im ganzen um 10 500 Paar) um 1 Mk. teurer als sie selbst bezahlt hatte. Dann berechnete sie auch 2250 Paar, die angeblich gestohlen sein sollten; daraus ergab sich ein Preis von 61 865 Mark. Für Zinsverlust usw. stellte sie 5736,25 Mark in Rechnung. Dann kamen die Spesen, die angeblich entstanden waren; sie betrugen für Erich Lippmann die nette Summe von 11 080 Mark, für einen Herrn Georg Zühlke, der ebenfalls an dem Geschäft beteiligt war, und einen Herrn Albert Baumann je 2140 Mark. Mit Fracht und sonstigen Nebenkosten kam dann eine Gesamtsumme von 346 918,25 Mark zustande, und hierauf — also auch auf sämtliche Spesen — schlug Herr Lippmann den bescheidenen Gewinn von 15 Prozent = 47 362,50 Mark.

Die Städtische Bekleidungsstelle in Schneidemühl weigerte sich aber, den Herren Schiebern einen unverdienten Gewinn auszuzahlen. Sie hatte sich bereits mit mehreren Gemeinden in Verbindung gesetzt, denen sie das Schuhwerk zum Einkaufspreis angeboten hatte. Bei den Auseinandersetzungen äußerte sich der eine der Beteiligten, Herr Zühlke: „Wenn wir unser Geld nicht kriegen, dann werden wir die ganze Sache mal aufrollen, dann geht die ganze Reichsstelle hoch!"

Das ist etwa der Sachverhalt. Die Reichsstelle wird nun wohl nicht anders können, als sich auf gerichtlichem Wege von dem Verdacht, als wenn sie das Schiebertum unterstützt, reinzuwaschen. Uns will im übrigen nicht einleuchten, wie die alten Militärstiefel überhaupt in den freien Handel kamen, denn diese sind dem freien Handel entzogen. Es ist uns ferner unerklärlich, wie die Ausfuhrgenehmigung erteilt werden konnte; das mag Herr Meisinger, Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, verantworten, der die Genehmigung erteilt hat, ebenso der Reichsbevollmächtigte der Außenhandelsstelle der Lederwirtschaft. Wer der richtige Käufer ist, will die Reichsstelle überhaupt nicht ermitteln können.

Einen kleinen Einblick in die Schieberzentralen, wo auch Beamte mitwirken, gewährt folgender Bericht, den wir einer Korrespondenz entnehmen:

Die großen Fälschungen von Ein- und Ausfuhrscheinen der Gesellschaft Röse, Hohenstein und Gewissen beschäftigen nach wie vor die Untersuchungsbehörden. Die Zahl der Fälschungen im einzelnen festzustellen, ist sehr schwierig, weil ein großer Teil der Urkunden sich im Besitz von Schiebern befindet, die sich nach unseren Veröffentlichungen mit ihren teuer erworbenen Dokumenten nicht hervorwagen und weil die Fälscher selbst die Zahl ihrer Fälschungen gar nicht mehr übersehen können. Viel wichtiger als der Verbleib der Urkunden erschien dem Landespolizeiamt die restlose Aufklärung der Beteiligung der einzelnen Beschuldigten. In Haft befinden sich jetzt die Heiratsvermittlerin Braun und ihr Sohn, ein Vizefeldwebel, der unter Ausnutzung seiner früheren militärischen Stellung bei der hiesigen Kommandantur einen Drucker zu bestimmen wußte, die Stempel mit dem Faksimile Meisinger herzustellen. Ferner die Heiratsvermittlerin Röse, der Kaufmann Wolf, der Kaufmann Gericke aus Lichterfelde und der Monteur Walter Hohenstein. Die Frauen besorgten die Stempelung, die anderen daneben auch den Vertrieb an die deutsche Handelswelt.

Ein Hamburger Großkaufmann hatte Einfuhrbewilligungen über 80 Millionen Mark für Sardinenheringe aus Skandinavien an der Hand, eine Frankfurter Firma vier Bewilligungen über 4 Millionen Schweizer Stumpen, über Steinkohlenteeröl, Reis und Schmalz in ganzen Waggons in Gesamtfaktura von etwa zehn Millionen Mark. Einer Schweizer Firma wurde gegen hohe Provision von 5 Proz. Einer Schweizer Firma wurde eine Bewilligung über Wermuth im Werte des Fakturenwertes eine Bewilligung über Wermuth im Werte von 1½ Million Mark besorgt. Gesucht wird noch ein unbekannter Mann, der in einem bekannten Kaffee am Zoo als Dr. phil. Blau auftrat und Schweizer Textil- und Zigarrenfirmen Einfuhrbewilligungen in großem Umfange besorgt hatte.

Was der Fälscherbande ihre Arbeit sehr erleichterte, war die Mitwirkung eines früheren Angestellten des Reichs-Einfuhrkommissariats namens Borchardt, der bei der technischen Ausführung der Bewilligungen mit Rat und Tat zur Seite stehen konnte. Außer dieser Bande scheint aber noch eine andere am Werke gewesen zu sein, die ihre Zentrale in Holland hat. Die Untersuchung zieht weitere Kreise. Mitteilungen nimmt das Landespolizeiamt, Arbeitsgebiet 21, entgegen.

Deutsche Gefangene in Japan. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Japan erfolgt mit vier Dampfern, von denen drei Ende Dezember, der vierte Mitte Januar nach Deutschland gehen. Mit den vier Dampfern sollen alle in Japan weilenden deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befördert werden. Der im Januar abgehende letzte Transport wird gleichzeitig die Familien der Kriegsgefangenen heimschaffen.

Die deutschen Internierten in Kanada, Brasilien und Valparaiso (Chile), die sich zur Zeit noch dort befinden, werden nach einer Mitteilung des Zentralkomitees vom Roten Kreuz wahrscheinlich im Laufe dieses oder der beiden nächsten Monate in die Heimat zurückkehren. Auskunft über Vermißte usw. in Kanada erteilen eine Frau Eymann, Regina, Sask (Kanada) und vor allem besonders hilfreich Herr S. Ginzburger, 122 West Hastings Street, Vancouver B. C. (Kanada).

Die Regierung und der Baltikumschwindel.

Wir haben vor einigen Tagen festgestellt, daß die Regierung sich erneut mit dem Gedanken trägt, das Baltikumabenteuer in neuer Form aufleben zu lassen. Diese Feststellung ist für die Regierung sehr unangenehm gewesen. Sie läßt daher erklären, daß sie über die in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen nicht verfügen könne, sie müsse sich vielmehr den Anordnungen der Entente unterwerfen.

Die Regierung scheint mit dieser Erklärung auf das schwache Gedächtnis des deutschen Volkes zu spekulieren. Wir betonen deshalb noch einmal, daß die russischen Werbeagenten ihr gegenrevolutionäres Treiben nur mit Wissen und Willen der deutschen Regierung entfalten konnten. Gerade jetzt werden Dokumente bekannt, die in der Moskauer „Iswestija" veröffentlicht worden sind und aus denen klar und unzweideutig hervorgeht, daß die Werbungen in den russischen Gefangenenlagern mit Wissen deutscher Behörden vorgenommen wurden. Uns sind sogar Fälle bekannt, wo Gefangene von den Lagerkommandanten bestraft wurden, weil sie sich den Anwerbungen für die Weißen Garden widersetzten.

Aber nicht nur auf die Werbungen allein kommt es an, sondern vor allem darauf, wer die in Deutschland aufgestellten zaristischen Truppenteile verpflegte, ausrüstete und nach dem Osten transportierte. Die Engländer und Franzosen etwa? Nein, von Deutschland aus wurden die Truppen in einen kampffähigen Zustand versetzt. Von Deutschland aus erhielten sie Stiefel und Bekleidungsstücke. Von Deutschland aus wurden sie mit Waffen und Munition versehen, nur mit deutscher Hilfe war das Unternehmen Awaloff-Bermondts und all der anderen Abenteurer möglich.

Die Regierung ist also schuldig an dem Abenteuer der zaristischen Verschwörer. Sie hat monatelang den Treibereien geduldig zugesehen und wagt es auch jetzt noch nicht, einen der Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen, weil sie befürchtet, daß ein Strafverfahren auch sie in der schwersten Weise bloßstellen würde. Die Arbeiterschaft möge also wachsam sein. Das Doppelspiel der Ostpolitik wird fortgesetzt, und es ist Pflicht des Proletariats, ein neues Verbrechen zu verhindern.

Die Kohlennot.

Die Kohlenförderung ist sowohl im Ruhrgebiet wie in Oberschlesien nahezu auf den Friedensstand gestiegen. Trotzdem sind die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung und der Industrie durchaus nicht geringer geworden. Nach Meldungen, die heute vorliegen, ist die Kohlenversorgung der beiden Elektrizitätswerke und des Gaswerkes in Dortmund außerordentlich schlecht. Ebenso in Düsseldorf und in Duisburg. Diese Meldungen lassen — ihre Richtigkeit vorausgesetzt — auf einen außerordentlichen Mangel an Organisation schließen. Denn da diese Orte in unmittelbarer Nähe der Kohlenzechen sich befinden, so sind für ihre schlechte Versorgung mit Kohle nicht einmal die Verhältnisse bei den Verkehrsmitteln geltend zu machen. — Man ersieht jedoch aus diesen Meldungen deutlich, wie unrichtig die Behauptungen waren, die dauernd die Bergarbeiter für die schlechte Kohlenversorgung der Bevölkerung verantwortlich zu machen suchten.

Hamburg, 22. Dezember.

Die Kohlenwirtschaftsstelle Hamburg teilt mit: In der Zeit vom 26. Dezember bis 1. Januar 1920 einschließlich werden sämtliche Straßenbahnen von Hamburg-Altona wegen der verzweifelten Kohlenlage den Betrieb einstellen. Die Alsterschiffahrt stockt ab morgen. Diese Maßnahmen sind erforderlich, um die Lichtversorgung und die wichtigsten Lebensmittelbetriebe in wenigstens beschränktem Maße aufrechtzuerhalten.

Düsseldorf, 22. Dezember.

Infolge Kohlenmangels wird am 1. Weihnachtstage, am darauf folgenden Sonntage und am Neujahrstage der Straßenbahnverkehr stillgelegt.

Lohnbewegung der Ruhrbergleute.

Bochum, 22. Dezember.

Die vier Bergarbeiterverbände kündigten den am 25. Oktober 1919 abgeschlossenen Lohntarif. Sie ersuchten den Zechenverband bis 31. Januar einen neuen Tarif auf der Grundlage höherer Löhne mit ihnen abzuschließen.

Ist das auch Landesverrat?

In der Hauptversammlung der Unternehmerverbände von Mainz und Wiesbaden forderte der Referent, Dr. Brehm, in einem Vortrag über das Betriebsrätegesetz zum Kampf dagegen auf und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Alliierten ihre Unterstützung den gewerblichen Kreisen nicht versagen werden.

Es wird also nicht der Widerstand gegen die eigene Regierung proklamiert, sondern auch die bösen Landesfeinde um Hilfe im „Kampfe gegen Berlin um das Betriebsrätegesetz" angefleht. Wie konnten doch die bürgerlichen „Patrioten" sich so gut entrüsten über den Vaterlandsverrat der Unabhängigen wegen ihres Kampfes gegen Einwohner- und Sicherheitswehr. Zu diesem Landesverrat der Unternehmer aber schweigt alles!

Ein treffliches Urteil.

Die „Deutsche Tageszeitung" bespricht in ihrer gestrigen Abendausgabe noch einmal den Fall Kessel und kommt dabei zu folgendem Urteil:

„Unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit ist der Fall Kessel in seinen drei Phasen ein gesteigerter Skandal. Und nur dadurch kann dessen schwerer moralischer Schaden eine Abmilderung erfahren, daß die Oeffentlichkeit erfährt, wie gegen die Schuldigen an den Uebergriffen verfahren worden ist, und welche Maßnahmen man zu treffen gedenkt, um künftighin auch den bloßen Anschein zu vermeiden, als sei die Arbeit deutscher Justizbehörden von der Straße her oder aus der Parteipolitik beeinflußbar."

Das alldeutsche Blatt hat mit diesen wenigen Sätzen ein treffliches Urteil über den Fall Kessel geprägt. Eindreifach gesteigerter Skandal! Ganz richtig. Nur wurde der Skandal nicht dadurch verübt, daß man Kessel in Haft nahm, sondern dadurch, daß der schwerkompromittierte Mann allem Rechtsempfinden zum Trotz auf freien Fuß gesetzt wurde.

Der Abschluß der Siemens-Schuckert-Werke.

Der Geschäftsgewinn der Siemens-Schuckert-Werke für das Jahr 1918/19 stellt sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre auf 28 488 283 M. (im Vorjahre 26 940 716 M.). Nach Abzug der Handlungsunkosten bei der Zentralverwaltung, der Anleihezinsen, der Abschreibungen und der Zinsen auf das unkündbare Darlehen der Gesellschafter bleibt ein Reingewinn von 15 293 975 M. (im Vorjahr 15 837 799 M.), aus dem 9 000 000 (wie im Vorjahre) als 10prozentiger Gewinnanteil ausgeschüttet werden. 2 500 000 M. (wie im Vorjahre) werden der Rücklage und 500 000 M. (wie im Vorjahre) dem Dispositionsfonds zugeführt, für Gratifikationen an Angestellte und Arbeiter werden 3 000 000 M. (wie im Vorjahre) ausgeschüttet. Es verbleibt demnach ein Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 293 975 M. (im Vorjahre 837 799 M.).

Der Geschäftsbericht klagt, daß Streiks, politische Unruhen und Arbeitsunlust einen starken Rückgang der Produktion erzeugt hätten. Auch habe der unvermittelte Uebergang zu kürzerer Arbeitszeit die Störungen in einem Umfange vergrößert, der durch schrittweise und planmäßige Einführung vermieden worden wäre. Da aber das Geschäftsergebnis gleich günstig wie das vorjährige ist, so braucht man diese Klagen der um den Profit der Aktionäre besorgten Verwaltung kaum sehr ernst zu nehmen.

Eine radikale Veranstaltung.

Durch einen mit vorstehender Ueberschrift bezeichneten Artikel suchen die berüchtigten P. P. N., die es als ihre Aufgabe betrachten, alle Angriffe gegen Behörden usw. abzuwehren, die Reichskonferenz der Arbeiterausschüsse der Reichswerke zu diskreditieren, und die in unserm Bericht in der Sonntagsnummer mitgeteilten Mißstände abzuleugnen. Die P. P. N. behaupten, auf der Konferenz sei nur die Minderheit der Arbeiter vertreten gewesen, was unseres Wissens nicht zutrifft. Die P. P. N. teilen dann ferner mit, daß dem als Referent aufgetretenen Herrn Dittmar schon vor Wochen vom Reichsschatzministerium mitgeteilt worden sei, er solle seine Tätigkeit als Sachverständiger einstellen. Warum denn? Etwa weil er zu viel tadelte. Wir möchten vom Reichsschatzministerium die Gründe hören!

Zum Schluß bemerken die P. P. N.: „Bezeichnend ist insbesondere, daß dieser Kongreß der radikalen Minderheit der Arbeitnehmer der Reichsbetriebe zur Ablehnung des Betriebsrätegesetzes geraten hat, da es ihm nicht weit genug geht." Das soll bezeichnend sein? Wissen denn die P. N. N. nicht, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter und Angestellten mit dem Betriebsrätegesetzentwurf der Regierung unzufrieden ist? O du ahnungsloser Engel, du verfechtest eine schlechte Sache. Es soll dir aber nicht gelingen, die Blicke von den oberfaulen Dingen, die auf der Konferenz zur Sprache kamen, abzulenken!

Aus der Partei.

Die Programmkommission, die auf dem Parteitage eingesetzt wurde, hat sich konstituiert. Sie wählte zum Vorsitzenden den Genossen Ledebour, zum Stellvertreter des Vorsitzenden den Genossen Crispien. Schriftführerinnen wurden die Genossinnen Toni Sender und Luise Zietz.

Die Kommission beschloß, sich in Verbindung zu setzen mit den im Frühjahr gewählten Einzelkommissionen, die spezialisierte Richtlinien für die verschiedenen Aufgaben der Partei auszuarbeiten haben. Durch ein Zusammenarbeiten mit diesen Kommissionen soll eine organische Verbindung des Parteiprogramms und der Richtlinien für die Einzelaufgaben hergestellt werden.

Zuschriften in Sachen der Programmkommission sind zu richten an: G. Ledebour, Berlin-Steglitz, Althoffplatz 5.

„Die Kämpferin."

Die neue Nummer der Frauenzeitung der U. S. P. „Die Kämpferin" ist erschienen. Sie hat folgenden Inhalt:

Nachklänge zum Parteitag. — Von der Frauenkonferenz. Resolutionen. — Agitation und Organisation. — Grundsätzliche Schulpolitik der U. S. P. D. in Preußen. — Zur Umgestaltung unserer Jugendpflege. — Heimarbeiterelend. — Aus meinem Leben als Briefträgerin während und nach dem Kriege. — Zahn- und Mundpflege. — Die Sprache der Hand. — Kinderbeilage.

Die Zeitschrift erscheint vierzehntägig und kostet 20 Pf. pro Nummer, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 1,80 M., unter Kreuzband 1,80 M.

„Die sozialistische Gemeinde."

Die neue Nummer dieser kommunalpolitischen Zeitschrift der U. S. P. D. konnte, wie die vorhergegangenen, wegen technischer Schwierigkeiten nicht rechtzeitig zum Beginne des Monats erscheinen. Ab 1. Januar kommt sie pünktlich zum 1. und 15. jeden Monats heraus zum vierteljährlichen Abonnementspreise von 3 M. Das Dezemberheft hat folgenden Inhalt:

Die gescheiterte Sozialisierung eines Wasserwerkes. — Die Gemeinden und die Einwohnerwehren. — Kinoseuche und Wohnungsnot. — Die Volkshochschule im Fürstenschloß. — Die Wirkung des Regiebetriebes auf die Gemeindearbeiter. — Rückwärts in Mecklenburg. — Aus einem städtischen Sozialisierungsausschuß. — Die kommunalen Arbeiterräte. — Aus den Gemeinden. — Literatur.

Die Einzelnummer kostet 50 Pf.

Französischer Parteitag.

Vom 25. —29. Januar wird in Straßburg der ordentliche Parteitag der französischen sozialdemokratischen Partei für das Jahr 1919 stattfinden. Die „Humanité" veröffentlicht die Tagesordnung des Parteitages, aus der wir als die wichtigsten Punkte die folgenden entnehmen:

Besprechung der politischen Situation:

a) Die allgemeinen Wahlen.
b) Die Aktion der sozialistischen Partei im Parlament.
c) Die Organisation der Propaganda im Lande.

Die internationale Lage:

a) Die Resolution der letzten internationalen Konferenzen.
b) Der Genfer Kongreß.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ U: **Predigt in Litauen**

Opernhaus
6 Uhr: Königskinder.

Schauspielhaus
6½ Uhr: Peer Gynt.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Und Pippa tanzt.

Kammerspiele
7 Uhr: Advent

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Orestie (18. Abdg. 1. Abd.)

Residenz-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Evchen Humbrecht
1. Feiertag 4 U.: Der gute Ruf
2. Feiertag 4 U.: Der gute Ruf

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade
1. Feiert. 4U.: Der Lebensschüler
2. Feiert. 4U.: Der Lebensschüler
Sonnab. 4 Uhr: Max u. Moritz

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8U.: Schloß Wetterstein
Donnerstag: Nachm. Musik
(Klara: Maria Orska)
Abd.: Schloß Wetterstein
Freitag: Nachm. Musik.
(Klara: Maria Orska)
Abd.: Schloß Wetterstein
Sbd.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
½8 Uhr: „Sie"
Donnerstg. nachm. Liselott
Abends ½8 Uhr: „Sie"
Freitag: Nachm. Liselott
Abends ½8 Uhr: „Sie"
Sonnabend: „Sie"

Berliner Theater
7.15 Uhr: **Bummel-Studenten**

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
7½ Uhr: **Pygmalion**
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerst. 3 U.: Der rote Hahn
7½ Uhr: Pygmalion.
Freitag 3 Uhr: Der rote Hahn
7½ Uhr: Pygmalion

Deutsch. Künstl.-Theater
7½ Uhr: **Cyprienne**
(Konstantin, Götz, Walter)
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag und Freitag
3 Uhr: Dies irae.
7½ Uhr: Cyprienne.

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die Dame vom Circus

Rose-Theater
7½ Uhr: Die im Schatten leben

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Schniepels Lene
An allen Feiertagen nachmittags 3 Uhr:
„Frohes Fest"
½8 Uhr: Schniepels Lene
sowie erstkl. Spezialitäten

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté-Programm!

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Am goldenen Horn

Wintergarten.
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Leipziger Sänger
Blüthgen-Ensemble
Vorv. 11-1½ u. 4-6 U.

Schaubühne Moritzplatz
früher Buggenhagen
*
Die großen Ringkämpfe um alle Meisterschaften
*
Entscheidungskampf
Hintze gegen Schikat
Entscheidungskampf
Pietro-Scholz gegen Luppa
Vorher, ausserdem, ein Riesen-Varieté-Progr.
Anfang 7.30 Uhr.

Circus Busch
Täglich 7 Uhr.
An allen 4 Weihnachts-Feiertagen 3 u. 7½ Uhr:
Das großartige Progr.!!
Neu Original Lasso-Sport-Spiele zu Pferde Neu
Schreckensfahrt auf Motorrädern an steiler Wand.
usw. usw.
9 U. „Aphrodite" 9 U.
Morgen, Mittw., Heiligabend geschlossen.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstrasse 12e
Vom 23. bis 26. 12.
Das große Weihnachtsprogramm!
Präriegrauen
Original-Wild-West-Drama
Die Peruanerin
Hauptdarsteller:
Mady Christians
Reinhold Schünzel
Dazu das reizende Lustspiel
Brautpaar wider Willen
Voranzeige!
Nur 3 Tage: Ab 27.—29.:
Blondes Gift
Großer Sittenschlager mit Reinhold Schünzel.

MUSIKALIEN
INSTRUMENTE
SAITEN
BESTANDTEILE
GRAMMOPHONE
PLATTEN — NADELN
PIANOS — FLÜGEL
HARMONIUMS
Reparatur - Werkstatt

BERLIN O 34
FRANKF. ALLEE 267
ALEX. 4180

BERLIN - LICHTENBERG
FRANKF. ALLEE 267
ALEX. 4180

BERLIN - SCHÖNEBERG
HAUPTSTRASSE 9
STEPHAN 9060

Eichhofbauer
Volks-Varieté
Warschauer Straße 34/36
Täglich
erstklassige Varieténummern
dann die neue Burleske
Der Bauerngraf.

Vor Verkauf von
Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)
anrufen, zahle konkurrenzlose Preise
Metallkontor, Alte Jakobstr.
Ecke Hollmannstr. (am Halleschen Tor)
Moritzpl. 12858

Bernada-Schuh

Moderne Formen
in Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln
in allen Lederarten und Lackleder
Hausschuhe, Filzschuhe
passend als Weihnachtsgeschenke gut und preiswert
Verkaufsstellen:
Frankfurter Allee 54 • Kottbuser Damm 9
Münzstraße 25
Neukölln: Berliner Straße 50
Friedenau: Rheinstraße 35

Bernada

Jeder Käufer erhält 1 Paar Sandalen gratis!

Joseph Berger & Co., Oranienstrasse 166.
Größtes Musikinstrumenten-Spezialhaus Berlins
Flügel, Pianos, Harmoniums auch mit eingebauten Spielapparaten.
(ohne Notenkenntnisse sofort spielbar), neu und gebraucht.
Eingespielte Violinen, Mandolinen, Celli, Gitarren, Lauten, sowie alle Streich- und Zupf-instrumente, Zithern mit Unterlegnoten, Konzertzithern, Bandonien, Hand- und Mund-harmonikas, Noten für alle Instrumente in grosser Auswahl, Saiten, Utensilien etc.
Umtausch u. Ankauf aller Instrumente. Reparatur und Aufarbeitung von Pianos, Flügeln etc.

Speziell **Gelegenheitskäufe** in Brillanten, goldenen Herren- u. Damenuhren, Schmucksachen
Fugenlose Trauringe (Jede Preislage! Eigene Fabrikation!)
Kokoski, Berlin, Brunnenstrasse 168.

Elegante Augengläser OPTIKER KRESSNER
Staatlich geprüft
Invalidenstraße 18 (Ecke Gartenstraße)
Frankfurter Allee 102
Garantie für leichten Sitz. Liefer. für Krankenkassen.

Platina, Gramm 126,— Mk.
Mitbringer von höheren Annoncen erhalten Ueberpreise.
Gold, Silber, Platin-Zähne nicht unter **7,50 Mk.** kauft
Frau **Knuth**, Zionskirchstraße 54, vorn II

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10621.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10—12 und 4—8, Sonntags 10—12

Offene Stellen

Die Stelle einer
juristischen Hilfskraft
ist umgehend bei dem unterzeichneten Magistrat zu besetzen. Der Anzustellende soll besonders dem Gewerbe-Gericht vorstehen, daneben auch juristische Angelegenheiten übernehmen, sowie zur Vertretung der besoldeten Magistrats-Mitglieder herangezogen werden. Bewerber wollen umgehend ihre Gesuche mit Gehaltsansprüchen einreichen.

Suhl, den 15. Dezember 1919.
Der Magistrat.
Dr. Hagemeister.

Botenfrauen stellt ein:
Spedition: Bartsch, Tempelhof, Werder Str. 30.
" Gerhard, Karlshorst, Aug.-Viktoriastr. 58.
" Girschner, Gitschiner Str. 92.
" Hackbarth, Michaelkirchplatz 3.
" Lode, Markusstr. 23.
" Losch, Niederschönhausen, Kaiserweg 10.
" Wenzeis, Cadiner Str. 11.

Charlottenburg Botenfrau
für Rönne-, Friedberg-, Leonhardt-, Holzendorf Straße sucht Spedition Lorenz, Wallstraße 68

Auf **Kredit** und Barzahlung
Möbel
Herren u. Wohn-Zimmer, Schlaf- u. Speisezimmer
Mod. Küchen
Einzelne Möbel sowie ganze Ausstattungen

Damen- u. Herren-
Konfektion
Pelzkragen
Leichte Zahlungsweise
Kredithaus
„ANDERS"
Größtes Haus direktamHalle beckplatz
Reinickendorfer Straße 16
Part., Geschäfts-Ecke Parterre, 1., 2., 3., 4. Etage.

Leim, Schellack, Bindfaden kleine und große Mengen kauft Herbst, Große Hamburger Str. 18-19.

Auf Kredit
Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
sow. einzel. Möbelstücke zu billigsten Preisen.
Kleinste Anzahlung
Bequemste Abzahlg.
Größte Rücksicht
A. Stein
Oranienstraße 1
Hochbahnhof Prinzenstr.

Platin Silber Quecksilber Kupfer Messing
Sämtl. Altmetalle
Zahngebisse
kauft zu Schmelzpreisen
in unseren 4 Einkaufsstellen
„**Cohn**"
1) Brunnenstraße **11** (am Rosenthaler Platz)
2) Fennstr. 48 am Weddingplatz
3) Bahnhofstr. 2 Ecke Schöneberg. Str. am Anhalter Bahnhof
4) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 229 (nahe Hermannplatz)

Kupfer!
Messing! Quecksilber! sämtl. Metallabfälle! Platin! Silber! Zahngebisse! kauft zu höchst. Schmelzpreisen
Schmelze Baruch
nur Beusselstr. 29.

Messing
Kupfer, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle sowie Platin! Gold! Silber! Zahngebisse kauft zu allerhöchsten Schmelzpreisen
Metallschmelze „Boldes"
WEIDENWEG 72 am Baltenplatz.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin!
Zahngebisse,
Zahn bis 75.— Mark
Gold, Silber, Münzen salpeters. Silber
Quecksilber, Glühstrumpfasche / Stanniolpapier Tressen / Kupfer / Rotguß Messing / Zinn / Nickel Weißmetall / Aluminium Blei / Zink
höchstzahlend
Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstrasse 31
(Alex. 4263)

Kaufe höchstzahlend
Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial.
Elektr. Werkst. Neukölln Kottbuser Damm 96, Eing. Schinkestr. Tel.: Mpl. 8437

Alte Gebisse

Kein gewöhnlicher Platinzahn unter M. 8.—
Platin, Gramm M. 131.— (nicht bis)
Besser versch. Zähne, Brennstifte u. ohn. Platin-Gewicht!
Stets höchstzahlend!
Ankauf: Berlin W, Krausenstr. 56, 58, Zimmer 1 pt. (Hof).
Täglich 10—6 Uhr. Vorler, Berlin.
(Sonnabend, den 27. Dezember kein Ankauf.)

Möbel auf Kredit
Kleinste Anzahlung. — Bequemste Abzahlung. — Grösste Rücksicht.
Einzelne Möbel werden bereitwilligst abgegeben.
Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung.
M. Landwehr,
Müllerstraße 7, eine Treppe
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Gold in jeder Form und Menge auch Zähne **kauft**
Goldwaren-Fabrik J. Weinstock & Co. G. m. b. H.
Mohrenstr. 16 am U.-Bhf. Friedrichstr.
Platin für hohen Preis!
Alexanderstraße 14a. Charlottenburg, Stuttgarter Platz 3. Tauentzienstraße 6. Schöneberg, Grunewaldstraße 16. Kottbuser Damm 24.
Silber
Achtung! Kein Laden!
Geöffnet von 9—6 Uhr.

Platina, Gramm 126,— Mk.
Alte Gebisse bis 1000,— Mark, Gold, Silber,
Platinzähne nicht unter **7,— Mark**
kauft Frau **Linke**, Blücherstr. 40, v. 2 Tr.
Vorzeiger höherer Inserate erhält höhere Preise.

Für den Weihnachtstisch!!
Heißgetränke alkoholfrei mit
Rumpunsch-
Aroma, Liter 3,50 M. inkl. Steuer
Glühpunsch-
Aroma, Liter 3,00 M. inkl. Steuer
Das tägliche Getränk in jedem Haushalt
!! Kein Zucker erforderlich !!
1 Teil Extrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben ein herrliches süßes Getränk.
H. Krömer,
Berlin N, Oranienburger Strasse 66.
Verkaufsstellen:
Petersburger Str. 4a — Oranienstraße 67
Andreasstraße 76 — Chausseestraße 76
Potsdamer Straße 76 — Birkenstraße 39
Nowawes: Lindenstraße 7 — Spandau: Brückenstraße 4
Versand in Korbflaschen von 5, 10 und 25 Litern.
Diese werden frei zum vollen Preise zurückgenommen.

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstraße
die Rechtsauskunftei d. grossen Publikums!
Prospekt gratis — Sprechzeit 9—8 Uhr.
Bisher gegen 120 000 Ratsuchende.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden. Ausschlag. Salvarsan-Kuren. Urin- und Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Straße 69-70.** Ecke Linienstraße
Prozesse, Rat, Beistand, all. Proz. Testamente, Ehe-, Miets-, Strafsachen, Landgerichtsrat Dr. v. Kiesel
Alexanderstr. 45. Gerichtl. gen. Tel. 9-1, 4-8
Beobacht., Mitw. namh. Juristen, Sonntag 9—11 Vorm.

Isolierte Kupferleitungen
und blanke kauft ständig jeden Posten gegen Kasse
Elektromotoren jeder Größe und Spannung
Bauer, W35, Schöneberger Ufer 33
Lützow 9856.

Zähne mit echtem Friedenskautschuk von 4 Mark an.
Teilzahl. Zahnziehen m. Einspr. fast völlig schmerzlos. Goldkronen von 30 Mk. an. Zähne ohne Gaumenplatte. Umarbeitung schlechtsitz. Gebisse. Reparaturen sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55
Hochbahn Bülowstr. Telephon Kurfürst 9144

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- und Gobelin-Garnituren, Sofas, 2 umrans. Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. bitte ich zu besichtigen in der Brunnenstr. Nr. 7, 6 u. 185, nahe Rosenthaler Platz.
Möbel-Lechner Haupteingang Brunnenstr. 7.
Geöffnet von 8—6.

Leihhaus Moritzplatz 58a
Berlin, Oranienstrasse 58a
verkauft zu bekannt billigen Preisen: **Kreuzfüchse** Alaska-Blaufüchse Ia von 90.— bis 325.— Mark.
Gelegenheitskäufe in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herren-Anzüge, Paletots von 85—350 Mark, hochelegant. — Gelegenheiten in Damen-Kostümen, Plüsch- und Astrachan-Mänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen usw. unter Taxpreisen.

Gewerkschaftliches.

Die Beschaffungsbeihilfe für Staatsarbeiter.

Durch die Presse geht folgende Notiz:

„Der Reichsfinanzminister hat verfügt, daß den bisher von der Beschaffungsbeihilfe ausgeschlossenen Angestellten und Arbeitern die Hälfte der Beschaffungsbeihilfe sofort zu zahlen ist, sofern sie am 8. September mindestens drei Monate ununterbrochen im Reichs- oder Staatsdienst oder bei einer Kriegsorganisation beschäftigt waren und am 8. Dezember sich in ungekündigter Stellung befanden.“

Außerdem hat bei einer Besprechung von Vertretern der verschiedenen in Betracht kommenden Reichs- und Staatsämter eine Vereinbarung dahin stattgefunden, daß man im allgemeinen nicht engherzig verfahren soll und bei Beurteilung der Zuständigkeit der Beschaffungsbeihilfe Unterbrechungen von geringer Dauer (bis zu 14 Tagen) nichts als Unterbrechungen zu betrachten seien.“

Die Verfügung widerspricht den Erklärungen, die der preußische Finanzminister in der Sitzung des Staatshaushaltsausschusses der preußischen Landesversammlung abgegeben hat. Danach sollten alle Kriegsteilnehmer, die bis 8. September im Staatsdienst standen, die ganze Beschaffungsbeihilfe erhalten. Was ist nun rechtens? Außerdem ist den im Eisenbahndienst stehenden Lohnempfängern mitgeteilt worden, daß nur die Kriegsteilnehmer die Beschaffungsbeihilfe erhalten sollen, die vier Wochen nach der Entlassung aus dem Militärdienst in den Dienst des Staates getreten sind.

Außerdem sind die Lohnempfänger von der Beschaffungsbeihilfe ausgeschlossen, die im Lohn bereits Zulagen erhalten haben, wie beispielsweise die Bergarbeiter. Die Bergarbeiter wiederum verweisen darauf, daß die Beamten der Bergverwaltung die Beschaffungsbeihilfe erhalten haben. Es tut dringend not, daß die Reichs- und Staatsfinanzverwaltung einheitlich die gesamten Ausführungsbestimmungen öffentlich bekannt geben, damit endlich Klarheit geschaffen wird.

Auf alle Fälle gerüstet.

Unter der Angestellten der „Viktoria-Versicherung“ lief seit einigen Tagen das Gerücht, daß im Gebäude der Gesellschaft in der Lindenstraße Maschinengewehre, Gewehre und Munition versteckt seien. Gestern vormittag wurden auch tatsächlich im Keller verborgen mit „Deckung gegen Sicht“ zwei schwere Maschinengewehre, zwei leichte Maschinengewehre, zwölf Infanteriegewehre und reichlich Munition für M.-Gs. und Gewehre gefunden. Der Waffenfund löste eine ungeheure Erregung der Angestellten aus, sie schleppten die Waffen auf den Hof und zerschlugen sie. Wir können feststellen: recht gründlich. Dem Betriebsrat erklärte die Direktion, daß die Waffen vor etwa sechs Monaten gebracht worden seien und zwar für Angestellte die Mitglieder der Einwohnerwehr seien. (?) In diametralem Gegensatz stehen aber die Aussagen von Anwohnern, die mitteilten, daß die Waffen vor drei Wochen abends gegen 11 Uhr von Noskejüngern abgeladen worden seien. Ein Vertreter der Einwohnerwehr, der ebenfalls auf dem Plane erschien, vergoß Krokodilstränen über die Vernichtung der schönen Waffen, er konnte sich gar nicht beruhigen, „denn“, so sagte er, „die Waffen seien doch nur in dem Hause der Viktoria untergebracht worden, um sie der Kontrolle der Entente zu entziehen.“

Es summte im Hause der „Viktoria“ noch wie in einem Bienenkorbe, als die Sicherheits-„polizei“, die „Grünen“, anmarschiert kamen. Ein schweres Maschinengewehr hatten sie wohl vorsichtshalber mitgebracht; man kann ja nicht wissen, denn jetzt fangen ja sogar die Versicherungsangestellten an, etwas energisch zu werden. Als der Herr Leutnant mit etwa zehn Mann am Gebäude ankam, hatte das Personal alle Eingänge dicht besetzt. Der Betriebsrat teilte dem Leutnant mit, daß das Personal entschieden dagegen protestiere, daß die Soldaten, Verzeihung, es sind ja Beamte, während der Arbeitszeit das Haus betreten. Würde es trotz des Protestes geschehen, dann würden sämtliche Angestellte die Arbeit niederlegen und das Gebäude verlassen. Als der Leutnant sagte, daß er nur die vernichteten Waffen abholen wollte, wurde ihm der Bescheid, daß dies nach Geschäftsschluß geschehen könnte. Na, der Leutnant sah ein, daß da schlecht etwas zu machen sei, und trollte sich mit seinen „Beamten“. Das Personal nahm dann die Arbeit sofort wieder auf.

Wie und warum die Waffen in das Geschäftshaus gebracht wurden, darüber bestehen die verschiedensten Aussagen. Man muß die Angelegenheit aber ohne weiteres in Verbindung mit der Tatsache bringen, daß sich die Angestellten seit einigen Wochen in einer Lohnbewegung befinden. Weiter haben wir bereits mitgeteilt, daß in einem streng vertraulichen Rundschreiben des Dr. Rohrbeck die Versicherungsdirektoren aufgefordert wurden, sich mit der Einwohnerwehr und besonders mit den Offizieren persönlich ins Einvernehmen zu stellen, auch Skizzen der Geschäftsräume sollen angefertigt werden, damit übersehen werden könne, wo Posten untergebracht werden sollen. Der Grund, warum Maschinengewehre und Gewehre untergebracht wurden, liegt also klar, sie sollen, wenn die Angestellten durch die Not und die ablehnende Haltung der Direktionen gezwungen werden, in den Streik zu treten, in Tätigkeit gesetzt werden. Der Rede kurzer Sinn: Maschinengewehre, blaue Bohnen für hungernde, streikende Angestellte der Versicherungsangestellten. Ein neues Ruhmesblatt der Berliner Sicherheits-„polizei“ und ihres biederen Chefs Eugen Ernst.

Angestellte der Lederwirtschaft!

Am heutigen Dienstag geben die Betriebsvertrauensleute vor Beginn der Arbeit bekannt, ob die Arbeitgeber der Lederwirtschaft ihre Bereitwilligkeit bis zum 22. Dezember 1919 erklärt haben, in Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten. Die Parole Eurer Gewerkschaft wird Euch zur gleichen Zeit übermittelt werden. Laßt Euch von keiner anderen Seite beeinflussen. Alle wichtigen Mitteilungen erfolgen bis auf weiteres durch die Fachgruppenleitung.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 9.

A. W. F. Kugellager. Sämtliche ausgesperrte Kollegen und Kolleginnen am Dienstag, den 23. Dezember nachmittags 2 Uhr, bei Miethe, Eichhornstraße, zur Auszahlung. Mewis, Arbeiterrat.

Achtung! Werneuwerk! Auszahlung der Unterstützung erfolgt heute, Dienstag, ½11 Uhr im Verbandshaus, Linienstr. 83/85, im Arbeitslosensaal.

Siemens, Kleinbau. Die Kollegen haben sich heute, Dienstag, pünktlich ½10 Uhr im Arbeitslosensaal, Linienstr. 83/85, betreffs Auszahlung der Maßregelungsunterstützung einzufinden.

Groß-Berlin.

Gegen die religionslose Schule.

Die frommen Herrschaften machen weiter mobil. Dieser Tage brachten wir bereits eine Mitteilung, wonach auf dem Gesundbrunnen Unterschriften für die evangelische Schule gesammelt werden. Heute gehen uns weitere Mitteilungen zu, nach denen dieses Manöver auch in anderen Stadtvierteln Berlins versucht wird. Vor uns liegt eine Liste aus einem Hause in der Lübbenzer Straße. Die Listensammler sind sehr rührig. In einem Flugblatt schreibt der Gemeindekirchenrat der Emmaus-Kirchengemeinde:

„Euren Kindern soll die Religion genommen werden! Wollt ihr euch das bieten lassen? Sollen eure Kinder in der Schule nichts mehr von Gott hören, nichts mehr vom Heiland, der da spricht: „Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht!“? Sollen sie nicht mehr die Hände falten zum Gebet, nicht mehr singen: „O du fröhliche, o du selige“, nicht mehr Luthers Lied anstimmen: „Ein' feste Burg ist unser Gott“? Was wird die Folge sein? Unsere Jugend verroht; Ehrfurcht und Gehorsam schwinden. Wollt ihr das? — Seid ihr noch Protestanten, so protestiert!

Ihr tragt die Verantwortung. Nach der neuen Reichsverfassung haben die Erziehungsberechtigten durch Abstimmung zu entscheiden, ob die Schulen in ihrer Gemeinde evangelisch oder katholisch oder weltlich, d. h. völlig religionslos werden sollen.

In den nächsten Tagen werden wir euch Listen durch Gemeindeglieder in die Häuser schicken, damit alle sich eintragen können, welche die Beibehaltung der evangelischen Schule wollen.

Erklärt durch eure Unterschrift: Wir lassen uns unsere evangelische Schule nicht rauben!

Der Gemeinde-Kirchenrat der Emmaus-Kirchengemeinde
i. A.:

Bartsch, Druckereibes. Frenbe, Pfarrer. Hesselbarth, Schulvorsteher. Hilleges, Rektor. Leitritz, Lehrer. Leopold, Rektor. Mädel, Rektor. Moschütz, Pfarrer. Nierhoff, Pfarrer. Schenk, Bäckermeister. Schmidt, Rektor. Schneider, Rektor. Schroeder, Rektor. Schubert, Kaufmann. Walkhoff, Pfarrer.

Wir richten im Gegensatz hierzu an alle Eltern die Mahnung: Wer seinen Kindern den Gottesglauben lehren lassen will, der mag das außerhalb der Schule tun, das ist seine Privatsache. Die Religion gehört nicht in die Schule! Wir brauchen die weltliche Schule. Die Schule soll unsern Kindern Wissen und Kenntnisse beibringen.

Seid auf der Hut. Lehnt die Unterzeichnung entschieden ab.

Gefügig, gefällig.

Die Gemeindevertretung in Treptow hatte gegen die bürgerlichen Stimmen beschlossen, allen bedürftigen Gemeindeangehörigen eine einmalige Beschaffungsbeihilfe zu gewähren. Einem satten bürgerlichen Mitbürger paßte dies nicht in den Kram, und so fabrizierte er ein „Eingesandt“ an die „Deutsche Tageszeitung“. Der geschätzte Mitarbeiter hat nun zwar unrichtige Angaben gemacht, doch das Auge des Ministers des Innern wacht darüber, daß nicht etwa eine alte verstaubte Bestimmung der Landgemeindeordnung, die im neuen „sozialistisch-demokratischen“ Deutschland noch immer zu Recht besteht, verletzt wird. Kurz gesagt, der Herr Minister ist der Meinung, daß diese Bewilligung einer Beschaffungsbeihilfe genehmigungspflichtig ist. Resultat: Die Auszahlung kann vorläufig nicht erfolgen, die bedürftigen Mitglieder unserer Gemeinde erhalten zum Fest der christlichen Nächstenliebe nicht die ihnen zugedachte Unterstützung. Da selbst nach der reaktionären alten preußischen Landgemeindeordnung derartige einmalige zwingende Wohlfahrtsausgaben nicht genehmigungspflichtig sind, gelingt es hoffentlich, im Interesse der Bedürftigen, ihnen wenigstens kurz nach dem Fest die Unterstützung auszuzahlen.

Charakteristisch ist aber, daß der „sozialdemokratische“ Minister Heine sofort reagiert, wenn die konservative „Deutsche Tageszeitung“ eine Notiz bringt, die bezweckt, die Selbstverwaltung der Gemeinde aufzuheben. Bei anderen öffentlichen Anklagen, die sofortiges Eingreifen der Regierung erforderten, hat man sich bisher immer taub gestellt. Ja, Bauer, das ist auch etwas anderes.

Versammlungsplakate im Schaufenster.

Gelegentlich unser letzten Massenversammlungen hatten Parteigenossen Versammlungsplakate im Schaufenster in Gastwirtschaften ausgehängt. Bei den Gastwirten Adolf Dietrich in der Demminer Str. 25 und bei Steinacker, Swinemünder Str. 93 erschien der Kriminalbeamte Lorenz vom Polizeirevier in der Demminer Straße und verlangte die Entfernung der Versammlungsplakate aus dem Schaufenster, da solche Plakate an die Litfaßsäulen gehörten. Nur wenn der Inhaber des Ladens Mitteilungen in eigenem Interesse zu machen hätte, wie Verkäufe, Vermietungen usw. sei es statthaft, im Schaufenster diese Ankündigungen auszuhängen. Das Polizeirevier in der Demminer Straße scheint auf die alten Polizeiverwaltungen eingeschworen zu sein und sich um die neuen Bestimmungen nicht zu kümmern. Das alte Preßgesetz, auf das sich die Polizei stützt, ist außer Kraft gesetzt, das sollte sie eigentlich wissen. Weiß sie es aber nicht, sollte das Polizeipräsidium dem Revier davon Kenntnis geben. Daß durch die Bestimmung in der Verfassung über die Pressefreiheit alle entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben sind.

Warum so bummelig?

Häufig gehen uns Klagen zu über die Bummeligkeit der Behörden, besonders wenn es heißt, etwas zu geben. Ein Musiker schreibt uns, daß heute nach sieben Monaten verschiedene Musiker noch nicht die ihnen zugestandene Entschädigung für den Lohnausfall in der Landestrauerwoche vom 25.—31. Mai erhalten haben. Hoffentlich erhalten nun die Leute das Geld so rechtzeitig, daß sie es noch vor Weihnachten in Händen haben.

Wie vollzieht man den Kirchenaustritt?

Wie aus mehreren Zuschriften an uns hervorgeht, sind sich viele Personen immer noch nicht klar, wie sie ihren beabsichtigten Austritt aus der Landeskirche bewerkstelligen sollen. Wir lassen daher nachstehend noch einmal einen Auszug aus den jetzt geltenden Bestimmungen folgen.

In Preußen können die Personen, die mit ihrem Glaubensbekenntnis nicht mehr auf dem Boden der Kirche stehen, ihren Kirchenaustritt bei dem zuständigen Amtsgericht während der Dienststunden durch einfache mündliche Erklärung vollziehen. Der Austritt ist kostenlos. Es ist ratsam, sich über den Austritt eine Bescheinigung geben zu lassen, um bei einer etwaigen Kirchensteuerveranlagung ein Dokument über den erfolgten Austritt vorweisen zu können. In Preußen erlischt die Kirchensteuer mit Ausgang des betreffenden Vierteljahres. Wer also noch bis Ende dieses Monats seinen Austritt erklärt, braucht vom 1. Januar 1920 keine Kirchensteuer mehr zu zahlen.

---

65)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Die Passagiere spielten Karten, sangen und tollten auf Deck umher. Auf dem Oberdeck, wohin Jimmie nicht eingeladen wurde, hielten sich die Offiziere und eine Anzahl Frauen und Mädchen, Pflegerinnen, auf. Die Soldaten nannten die letzteren „Janes“; es waren gute und tüchtige Janes, die ihre Arbeit ernst nahmen und in ihrer Tracht mit den unzähligen Taschen äußerst würdig und gewichtig aussahen. Unter ihnen befanden sich auch etliche Suffragetten, die heftig mit dem feindlichen Geschlecht debattierten und bewiesen, daß die Welt im Krieg oder im Frieden, der Frauen bedürfe, mußte doch sogar auf einem übervollen Transportschiff für sie Platz gemacht werden.

Da Jimmie noch nie auf einem Ozeandampfer gewesen, wußte er nicht, daß dieser übervoll war, und es störte ihn nur wenig, wenn er auf Deck keinen Platz zum Spazierengehen hatte. Er beobachtete die See, die großen weißen Möwen, die bunten Schiffe, die Mannschaft bei ihrer Arbeit und machte Bekanntschaft mit den übrigen Passagieren. Er fand auch bald einen Sozialisten, den Chauffeur eines Ambulanzwagens und sogar einen Internationalisten aus den Oregon-Holzfeldern. Selbst diese Leute hatten gelernt, den Kaiser zu hassen; ein Teil von ihnen befand sich bereits in Frankreich, und es hätten sich noch mehr gemeldet, hätten sie nicht gegen die Regierung, die ihre Führer ins Gefängnis warf, erbittert gewesen.

II.

Die Flotte näherte sich der Sperrzone, es war an der Zeit, daß die geleitenden Torpedozerstörer sich zeigten. Alle schauten nach ihnen aus, plötzlich erscholl ein Ruf: „Da sind sie!“ Jimmie entdeckte einen winzigen Rauchpunkt am Rand der See. Er wunderte sich über die Geschicklichkeit, mit der sie auf diesem ungeheuren, pfadlosen Ozean den Transport gefunden hatten, bestaunte die schlanken Schiffe mit ihren vier niedrigen, frech aussehenden Masten. Die Seeterriers waren mit einer dünnen Stahlhaut überzogen und hatten ungeheuer starke Maschinen. Sie jagten mit einer Schnelligkeit eines Expreßzuges durch die Wogen, ließen wirbelnde, schäumende Gischt zurück. Betrachtete man sie schaukelnd, hierhin und dorthin geschleudert, so fragte man sich, wie Menschen auf ihnen leben konnten, ohne in Stücke geschüttelt zu werden. Jimmie ward des Anblickes niemals müde, und auch die Schiffe schienen nimmermüde, rasten zwischen den Transportdampfern aus und ein, zeichneten auf das Wasser phantastische Schaumarabesken, während die Männer auf ihnen unentwegt nach dem Feind ausspähten.

Natürlich herrschte große Aufregung auf den Transportschiffen. Jimmie fürchtete sich insgeheim halbtot, doch verbarg er dies vor den spöttischen Burschen, die sich ebenso über die U-Boote lustig machten wie über Sauerkraut, Bretzeln und Limburger Käse. Jimmie entdeckte, daß sie tatsächlich einem U-Boot zu begegnen wünschten, natürlich wollten sie nicht getroffen werden, das Torpedo sollte um ein bis zwei Fuß das Schiff verfehlen, damit sie den Leuten daheim etwas Interessantes zu berichten hätten.

Stürme erhoben sich, eisiger Regen peitschte aufs Wasser herab, Nebel verdeckten jeden Ausblick, doch immer noch jagten die kleinen Seeterriers nach allen Richtungen, wobei Schaumgirlanden um den Transport, Tag und Nacht. Wie es ihnen gelang, Zusammenstößen in der Dunkelheit zu entgehen, war schier unfaßlich. Jimmie lag wach in seiner Koje und malte sich aus, wie sie gleich einem scharfen Speer ins Zwischendeck stoßen werden, wo er untergebracht war. Wenn jedoch der Morgen graute, hatte kein Speer die Wolken durchbohrt, und die Wächterhunde der See woben weiter ihre Muster.

Es war ein stürmischer Tag, bisweilen brach durch schwere Wolken die Sonne, dann funkelten die Wogen weißglänzend auf. Jimmie und sein internationalistischer Freund standen an der Reeling, als dieser plötzlich Jimmies Aufmerksamkeit auf ein Funkeln lenkte, das, stets gleich stark bleibend, ins Auge sprang. Sie machten andere darauf aufmerksam, und da Befehl erteilt worden war, alles Außergewöhnliche zu melden, schrie einer zum nächsten Mastkorb hinauf. Ein Ruf durchgellte das Schiff, Signale flatterten im Wind. Drei der Torpedozerstörer jagten von dannen, wie Jagdhunde nach einem Wild.

Einige an Bord besaßen Fernstecher und verkündeten, sie sähen einen schwarzen Gegenstand, nach einer Weile unterschieden sie ein Floß, auf dem sich Menschen befanden. Später, als Jimmie bereits gelandet war, erfuhr er die Ursache des Funkelns: eine Frau auf dem Floß hatte mit ihrem kleinen Taschenspiegel die Sonnenstrahlen auf das Schiff geworfen, um die Aufmerksamkeit der Mannschaft auf das Floß zu lenken. Die Fernstecherbesitzer befanden sich auf dem oberen Deck, so daß Jimmie nichts von der Rettung zu sehen bekam. Der Kurs wurde selbstverständlich eingehalten, denn strenge Befehle verboten jeglichen Altruismus. Sogar die Torpedozerstörer näherten sich dem Floß erst, nachdem sie die See auf viele Meilen abgespäht hatten, und selbst dann hielten sie in der Fahrt nicht inne, verlangsamten bloß ihr Tempo, warfen den Leuten auf dem Floß Taue zu und zerrten einen nach dem anderen an Bord. Ein Matrose erklärte Jimmie den Grund ihres Verhaltens: die U-Boote pflegten in der Nähe von Flößen und Rettungsbooten zu lauern und stürzten sich dann auf die Schiffe, die zur Hilfe herbeieilten. Schiffbrüchige waren ein Köder — „lebender Köder“ — sagte der Matrose. Die U-Boote lauerten bisweilen Tage, manchmal sogar eine Woche lang, beobachteten gelassen, wie die Menschen im Rettungsboot gegen die Wellen kämpften, wie sie vor Hunger, Durst und Kälte starben, signalisierten, verzweifelt um Hilfe riefen, beteten, schrien. Einer nach dem anderen der Schiffbrüchigen erlag seinen Leiden, und dann stahl sich das U-Boot fort. „Toter Köder ist nichts wert,“ erklärte der Matrose.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible] bei Versorgungsansprüchen.

Bis zum 31. d. M. können die in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 1. Februar 1919 entlassenen Heeresangehörigen einen Antrag auf Erneuerung ihres Versorgungsverfahrens stellen. Verneinte also die Militärbehörde, daß durch den Heeresdienst ein Leiden verursacht oder verschlimmert worden war, und wenn die Ansprüche des Kriegsbeschädigten vor dem 1. Februar d. J. abgewiesen waren, so kann er nunmehr nochmalige Entscheidung der Versorgungsbehörden verlangen. Gegen den neuen Entscheid ist der kostenlose Klageweg vor dem Militärversorgungsgericht zulässig. (Art. IV Nr. 6 der Verordnung vom 1. 2. 19). Die Ansprüche der noch nicht abgewiesenen Kriegsteilnehmer werden hierdurch nicht berührt.

Nähere Auskunft erteilen die Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen und die Versorgungsstelle (früher Bezirks-Kommando) General Papestraße, wohin auch die Erneuerungsanträge zu richten sind.

Fahrpreiserhöhung auf den städtischen Straßenbahnen.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, den Fahrpreis bei den Berliner elektrischen Straßenbahnen, wie bei der Großen Berliner Straßenbahn vom 1. Januar ab von 20 Pf. auf 30 Pf. zu erhöhen.

Krankengeld und Teuerung.

Aus den Kreisen unserer Leserschaft werden lebhafte Klagen laut über das heute von den Krankenkassen gezahlte Krankengeld, das bei der heutigen Teuerung vollkommen unzulänglich sei. Besonders traurig ist es, wenn Kranke eine längere Zeit dauernder Krankheit durchzumachen haben. Eine Erhöhung des Krankengeldes sei eine unabweisbare Notwendigkeit. Die Klage ist durchaus berechtigt, nur ist die Höhe des Krankengeldes abhängig von der Höhe der Beiträge. Erhöhte Ausgaben bedingen erhöhte Einnahmen. Es ist Sache der Mitglieder der Krankenkassen und ihrer Delegierten in dieser Beziehung Wandel zu schaffen.

Arbeiter-Bildungsschule der U. S. P. Die Bibliothek bleibt in der Weihnachtswoche geschlossen.

Stundungs- und Teilzahlungsgesuche bei Steuerrückständen. Die Steuerdeputation des Magistrats Berlin, Abteilung III, bittet uns, darauf hinzuweisen, daß täglich bei den Steuerkassen eine große Anzahl von Gesuchen um Stundung der Steuern oder Bewilligung von Teilzahlungen eingeht, die weder eine Begründung noch einen Zeitpunkt, bis zu dem Stundung beantragt wird oder eine Angabe über die Höhe der Teilzahlungen, in welchen die Schuld getilgt werden soll, enthalten. Die Deputation sei nicht in der Lage, über solche Gesuche zu entscheiden, da ihr jede Handhabe zu ihrer Beurteilung mangele. Die Einziehung könne auf Grund solcher Anträge nicht ausgesetzt werden. Es liege im eigensten Interesse der Steuerzahler, ihre Gesuche eingehend zu begründen und anzugeben, bis wann Stundung beantragt oder in welcher Höhe Teilzahlungen geleistet werden sollen, um Rückfragen zu vermeiden, da die Gefahr nahe liegt, daß die Zwangsvollstreckung einsetzt, ehe das entsprechend vervollständigte Gesuch wieder eingegangen ist.

Die Steuerdeputation ist übrigens nicht berechtigt, Gesuchen zu entsprechen, die Teilzahlungen anbieten, welche zu der Größe der gesamten Steuerreste in keinem Verhältnis stehen oder Stundung auf unbestimmte Zeit verlangen, da sie nicht nur die Interessen der Steuerzahler allein wahrnehmen kann, sondern auch die des Staates und der Gemeinde berücksichtigen muß. Immer aber muß verlangt werden, daß mit aller Weitherzigkeit verfahren wird, denn die Steuerbeträge sind solche, daß einem die Haare zu Berge stehen.

Für die Einführung des elektrischen Betriebes auf den nördlichen Berliner Vorortstrecken, von denen zunächst die Strecken Stettiner Bahnhof—Bernau (23 Kilometer) und Berlin—Hermsdorf (13,3 Kilometer) ausgebaut werden sollen, sind die Mittel nunmehr von dem preußischen Finanzminister dem Minister der öffentlichen Arbeiten zur Verfügung gestellt worden, der die sofortige Inangriffnahme der Bauarbeiten angeordnet hat. Es handelt sich hierbei zunächst um den Betrag von 11 Millionen Mark für die festen und stationären Anlagen, die durch den Umbau beider Strecken erforderlich werden. Die Kosten für die Fahrzeuge, die für den elektrischen Betrieb notwendig sind, sollen dem Fonds für die Fahrzeugbeschaffung entnommen werden. — Die Vorarbeiten zur Durchführung der Elektrisierung für die Berliner Vorortsstrecken sind von der Berliner Eisenbahndirektion soweit gefördert worden, daß die eigentlichen Bauarbeiten sofort in Angriff genommen werden können.

Die Städtische Wanderausstellung (zur Zeit im Norden Berlins in der Aula der Gemeindeschule in der Antonstraße, Eingang Plantagenstraße) wird an beiden Weihnachtsfeiertagen, sowie am Neujahrstage von 10—3 Uhr geöffnet sein. Am 2. Weihnachtsfeiertage, 26. Dezember, findet um 11 Uhr vormittags ein Vortrag mit Führung statt. Am 24. und 31. Dezember wird die Ausstellung bereits um 3 Uhr nachmittags geschlossen.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Dienstag, den 23. Dezember 1919, in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32—38, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

Die Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin befindet sich nunmehr Berlin NW. 7, Georgenstraße 34/36 (Institut für Meereskunde). Geschäftsführer ist Herr Prof. Dr. Merz.

Das Fehlen des Geruchssinnes ist der 48 Jahre alten Ehefrau Marie Schubert aus der Weserstraße 153/154 zu Neukölln verhängnisvoll geworden. Die Frau verlor den Sinn vor einiger Zeit durch eine Krankheit. Als sie nun gestern während des Geschirrabwaschens aus Versehen einen Gashahn des Kochers aufstehen ließ, merkte sie nichts von dem ausströmenden Gas und atmete solange ein, bis sie bewußtlos zusammenbrach. Ganz allein in der Wohnung, kam die Unglückliche so hilflos ums Leben. Als man sie auffand, war sie schon tot. In der linken Hand hielt sie noch ein Geschirr, in der rechten das Handtuch zum Abtrocknen.

Zu dem Raubüberfall auf den Landpostwagen in der Wuhlheide wird mitgeteilt, daß der Begleiter, der Postaushelfer Breck, unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden ist. Der Postillon Stagen dagegen, der zunächst in Verdacht geraten war, wurde nach Aufklärung der Vorgänge wieder auf freien Fuß gesetzt. Die beiden Räuber, die mit den Wertgegenständen verschwanden, sind noch nicht ermittelt. Auf ihre Ergreifung hat die Oberpostdirektion jetzt eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Für die Wiederbeschaffung des Inhalts der geraubten Pakete sichert sie außerdem Belohnungen von 10 Prozent des Wertes bis zum Höchstbetrag von 3000 M. zu.

Ein armes Mädchen hat ihre Handtasche mit ihrem Weihnachtsgeld verloren. Nähe Schönhauser Allee, Danziger Straße. Abzugeben „Freiheit", Schiffbauerdamm 19.

Eine neue Erinnerungsbriefmarke zu Ehren der Nationalversammlung kommt zu Anfang des neuen Jahres zur Ausgabe. Sie erhält den Wert von 30 Pf. Die Marke erhält dasselbe Bild wie die jetzige E-Marke zu 25 Pf. Dieser Wert ist entbehrlich, so daß er ganz abgeschafft wird. Die neue E-Marke zu 30 Pf. erhält einen hellvioletten Rahmen und einen gelblich-hellzinnoberroten Kern.

Aus dem Gemeindeleben.

Mariendorf. Die letzte Gemeindevertretersitzung begann mit der Einführung einer neuen k. v. bürgerlichen Abgeordneten Frl. Neumann. Der Verbrauch an Vertretern ist infolge der heißen Kämpfe im Ortsparlament bei den nichtsozialdemokratischen Parteien ziemlich erheblich. Gegen die Forderung, den ehemaligen Kriegsgefangenen frei Holz zu liefern, wandte sich Gen. Brandt mit der Begründung, daß man mit demselben guten Recht dann auch allen Kriegsteilnehmern diese Vergünstigung gewähren müsse. Die gesamte Gemeindevertretung lehnte auch den Antrag ab, jedoch soll den bedürftigen Angehörigen der noch in Gefangenschaft Befindlichen frei Holz geliefert werden. Desgleichen wurden einstimmig die von der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener geforderten 150 M. für Bureauzwecke einstimmig abgelehnt. Für die Einrichtung einer Polizeischule wurden 2000 M. bewilligt. Bei der Aenderung des Ortsstatuts betr. den kollegialischen Gemeindevorstand wurde ein Zusatzantrag unseres Gen. Küter angenommen, wonach der Gemeindevorstand binnen dreier Tage zu einer Sitzung zusammenberufen werden muß, wenn es von zwei Gemeindevorstandsmitgliedern verlangt wird. Die Große Berliner Straßenbahn hat einen Antrag des Gemeindevorstandes abgelehnt, die Linie 70 nach 10 Uhr abends bis Mariendorf durchzuführen. G.-V. Deinert (S. P. D.) und Gen. Brandt wandten sich ganz energisch gegen die unhaltbaren Zustände, sie forderten das Publikum zur Selbsthilfe auf, indem es veranlaßt werden soll, auf Durchführung der Wagen der Nr. 70 zu bestehen und das Verlassen dieser Wagen in Tempelhof zu verweigern. Beim Zweckverband soll angesichts der bevorstehenden Fahrpreiserhöhung die Umsteigeberechtigung auf allen Linien verlangt werden. Vom 1. Januar 1920 ab soll das Schulgeld an den höheren Lehranstalten auf die ministeriellen Höchstsätze gebracht werden. Die Mehreinnahmen sollen für Freistellen für begabte und bedürftige Kinder verwendet werden. Die beantragte Zusammenlegung der Mariendorfer und Südender Volksbibliothek wurde beschlossen, nachdem Herr Stübner (Dem.) sich dagegen gewendet hatte. Der Beschluß vom 4. Dezember, allen Erwerbslosen eine Weihnachtsbeihilfe zu gewähren, wurde rückgängig gemacht. Es wurde beschlossen, allen notleidenden Gemeindeangehörigen ein Weihnachtsgeschenk zu machen, und zwar 100 M. für Verheiratete und 50 M. für Ledige. Von der Gemeindevertretung war seinerzeit beschlossen worden, von der Regierung die Oeffentlichkeit der Verhandlungen vor dem Mieteinigungsamt zu verlangen. Der Antrag wurde vom Regierungspräsidenten nicht weitergegeben. Unsere Genossen Brandt und Küter forderten, daß der Gemeindevorstand sich beschwerdeführend an das Ministerium wenden möge. Dem wurde zugestimmt.

Lebensmittelkalender.

Käseverteilung. Bis Sonnabend, den 27. Dezember, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 130., 200. und 233. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Filialen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gr. Käse verteilt.

Spandau. In der Woche vom 21. bis 27. d. M. dürfen auf die Reichsfleischkarte entnommen werden auf Feld 1—8 der Vollkarte 150 Gr. Rindfleisch, 100 Gr. Schweinefleisch; auf Feld 1—5 der Kinderkarte 75 Gr. Rindfleisch, 50 Gr. Schweinefleisch; auf Feld 9—10 der Vollkarte 50 Gr. mecklenburgische Plockwurst, Preis 8 M. das Pfund. Am Mittwoch, den 24. d. M., beginnt der Verkauf der städtischen Butter, 50 Gr. 1 M. Am Sonnabend, den 27. d. M., Margarine, 100 Gr. 1,10 M.

Schmargendorf. Abholung vom 24. bis 28. Dezember: 125 Gr. Nudeln (107 Groß-Berliner Lebensmittelkarte); 250 Gr. Cerealienmehl (W 24 Einfuhrzusatzkarte); ca. 250 Gr. Suppen in Würfeln (113 Berlin-Schmargendorfer Lebensmittelkarte); 200 Gr. Nudeln (107 Lebensmittelkarte für Jugendliche); 250 Gr. Keks an Kinder, geboren in der Zeit vom 15. Dezember 1910 bis zum 14. Dezember 1915 gegen Bezugsschein, erhältlich in Zimmer 19 des Rathauses bis 24. Dezember d. J. unter Vorlegung des Haushaltungsblattes. Abgabe von Gemüsekonserven, 2 Pfd. pro Kopf, an diejenigen Einwohner, die seinerzeit wegen Mangel an Ware auf Nr. 112 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte nicht beliefert werden konnten. Die Konserven sind in den Geschäften erhältlich, bei deren Inhabern die Bezugsanmeldungen erfolgt sind. Anzumelden sind bis 23. Dezember: 125 Gr. ausl. Kartoffelstärkemehl auf 108 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte; 125 Gr. ausl. Hülsenfrüchte (Bohnen) und 125 Gr. Graupenmehl auf 109 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte; 250 Gr. Morgentrank auf Nr. 54 B der Berlin-Schmargendorfer Lebensmittelkarte.

Aus den Organisationen.

4. Distrikt. Montag, den 29. d. M., abends ½7 Uhr, findet eine Konferenz der Aktionsräte in der Schulaula Reichenberger Straße [illegible] statt. Vortrag des Genossen Dr. Löwenstein über „Die Aufgabe des Aktionsrats".

Teltow-Beeskow. Bezirksfrauenkonferenz am Sonntag, 4. Januar, nachm. 2½ Uhr, in Berlin, Herrenhaus Großer Festsaal (Eingang Leipziger Straße 3). Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichsfrauenkonferenz. 2. Die Agitation unter den Frauen. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder der örtlichen Frauenkommissionen ist notwendig. Wo keine Frauenkommissionen bestehen, empfiehlt es sich, Genossinnen zu delegieren. (Mandate, ausgestellt von den örtlichen Geschäftsleitungen sind erforderlich.)

Röntgental, Zepernick, Buch, Schönow, Schwanebeck. Sonnabend, den 27. Dezember, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei [illegible] Röntgental, Siemensstraße. Bericht vom Parteitag. Berichterstatter: Genosse Schindler.

Bildungsausschuß Röntgental, Zepernick, Buch, Schönow, Schwanebeck. Donnerstag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), Kunstabend im Lokal von Marz, Röntgental, Bötzowstraße. Anfang 5 Uhr. Eintritt 1,50 M., Kinder 50 Pf.

Vereinskalender.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe 6, Schiffer? (Kleinbahn, Straßenbahn). Dienstag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Postboten, Postillone, Anwärter, Telegraphenarbeiter, Hilfskräfte und Reinmachefrauen vom gesamten Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin, Dienstag abend ½8 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15, Versammlung.

Bergmann-Werke. Weihnachtsfeier findet nicht im „Rosenthaler Hof", sondern am 27. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im großen Saal der Pharussäle, Müllerstraße, statt.

Freie sozialistische Jugend, Gruppe Osten. Dienstag, den 23. Dezember, Vortrag: „Weihnachten in der Geschichte" bei Seume, Königsberger Straße 9.

Schwimm-Verein „Welle". 1. Weihnachtsfeiertag in den Comenius-Sälen, Memeler Straße 67, Weihnachtsfeier. Zutritt haben nur Mitglieder und deren Angehörige.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und „Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Achtung! Achtung!
Der Weihnachtsfeiertage wegen sind unsere Bureaus am Mittwoch, den 24. Dezember und am Mittwoch, den 31. Dezember von 9—1 Uhr geöffnet.
Am Donnerstag, den 25. Dezember,
„ Freitag, den 26. Dezember,
„ Sonnabend, den 27. Dezember und
„ Donnerstag, den 1. Januar 1920
bleiben die Bureaus geschlossen.
Die Bibliothek ist ebenfalls wie oben geöffnet.
Die Ortsverwaltung.

Damenreisepelzmantel, hochelegant, schwarze, schwere Seide, mit echtem [illegible] Rotfuchsfutter und echtem Nerzkragenbesatz, tadellos billig. Echter Sealbisamdamenmantel, echt. Maulwurfdamenmantel, echter Sealelektrikdamenmantel, echte Damennerzjacke, dazu passender Nerzmuff, Damenpelzfutter, Gelegenheitskäufe viel. and. Waren [illegible], Potsdamer Str. 43, I.

Schwere fette Gänse Pfd. 12.50 bis 16.95
Stückenfleisch .. Pfd. 8.50 M.
pa. fett. Ziegenfl. Pfd. 8.95 M.
fette Ziegenkeulen Pfd. 9.50 an
pa. fette Mastenten Pfd. 9.95 an
Mastputen .... Pfd. 9.95 an
fette geräuch. Rügenwald. Spickbrust Pfd. 29.95 M.
fette gr. ger. Keulen Pfd. 19.95 M.
Tasche's Geflügelhaus
Berlin, Belle-Alliancestr. 98, Charlottbg., Kais.-Friedr.-Str. 43, Wilmersdorf, Bernhardstr. 15a.

Höchste Preise über Tageskurs zahlt für Platin-Tiegel, Schalen, Brennstifte, Zahnstifte, Schmucksach., Blitzableiterspitzen. Gold-Barren, Münzen, Schmuck, Zahngold, Bruchgold. Silber-Barren, Münzen, Abfälle, Bestecke, Löffel nur Metallkontor Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 138 am Halleschen Tor — Gegründet 1903 — Tel.: Moritzpl. 12858. Tel.-Adr.: Metallkontor Berlin SW 68.
Metallkontor Berlin SW 68 :: Tel.: Moritzplatz 12858

Zahngebisse Platinabfälle Goldsachen, Silbersach., sämtl. Metalle kauft höchstzahlend Silberschmelze [illegible], Köpenicker Straße 20a gegenüber Manteuffelstraße.
Platina, Gramm 126 Mk.
Zahngebisse 1000 Mk.
Platinzähne, nicht unter 7,50 Mk.
Gold. Silber kauft
E. Hausdorf, NO 18, Palisadenstraße 11, v. II.
Pfandleihe. Höchste Beleihung. Kaufe und beleihe Pfandscheine. Verkaufe: 1 Posten Pelzjoppen, 1 Posten Damen-Ulster, div. Goldwaren, Pelzstolas und Garderobe. Grüner Weg 67. I.

Kupferleitungen elektr. Kronen u. sämtl. Installationsmaterial kauft Bartelt, Blumenstr. 98. Telefon Königstadt 2018. Elektr. Anlag. werden reell u. schnell ausgef.

Metallankauf Kupfer, Messing, Zinn usw., Gold, Silber, Platina. Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Wir kaufen laufend sämtliche rohen Felle und zahlen für gute Kanin 5 Mark pro Stück, evtl. auch noch mehr. Pitschpatsch & Co. Wallstraße 21/22.

Wer weist mir den Standort gebrauchter Maschinen, Motore, Autos, Eisen usw. nach? Kaufe auch sonst Sachen aller Art. Zahle hohe Provision. Werner, Falkensteinstr. 17 a, Stallschreiberstr. 37 v. III grds.

Spiralbohrer, Metalle, Motore kauft jeden Posten Schlosserei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 7.

Solange Vorrat reicht Damen- u. Herren-Pelzkragen nur 45 M. Prachtvolle Opossum-Kragen. Rotefuchskragen 100 M. [illegible]. Große Pelzfutter für Herren- u. Damen-Mäntel nur 90 M. Einz. Felle Stck. 12 M. Pelzwaren-Haus Rosenthaler Str. 40/41 und Invalidenstraße 1 Ecke Brunnenstraße.

Stube u. Küche, wenig gebraucht, 1800 Mk., verkauft Huttenstraße 6, im Laden.

Schreibmaschinen sichtbare Schrift, gut erhalten, kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer. Hugo Schroeder, Charlottenburg, [illegible] Wilh. 4720.

Genossen! Sparen heißt das Gebot unserer Zeit. Warum 700—800 Mark für einen Anzug oder Paletot? Bei Burgher, Britzer Str. 20, vorn II, Hochbahn Kottbuser Tor, kaufen Sie feinste Maßanzüge, Cutaways, Ulster, Winterpaletots 50 bis 60% billiger. Sehr große Auswahl, auch einzelne Hosen. Verkauf wochentags bis 8 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr.

Platin pro Gramm Mk. 140.— von 100 Gramm u. mehr kauft Metallkontor (Hallesches Tor) Alte Jakobstr. 138 Telefon Moritzplatz 12858.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motore kauft zu den höchsten Preisen Elektroburo, Lange Str. 27 I. Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Elektromotore Gleichstrom :: Drehstrom kauft Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 3703 und 8518.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen Dynamo- u. Kilowattdrähte kauft höchstzahlend Silbermann Neue Königstrasse 32 Fernspr. Alex. 2115.

Messing 6.—, Kupfer 10.— M. per Kilo, auch alle anderen Metalle kauft Prod.-Handlg. Dresdener Straße 14, am Kottbuser Tor. Moritzplatz 12523.

Politische Couplets Lieder und Gesamtspiele Theaterstücke Preisliste 274 verlangen. Rich. Lipinski, Leipzig, Königstr. 22. Fernruf 2309.

Spezial-Arzt Dr. med. Lommer. Syphilis, Harn-, Frauenleiden. Heilung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Künstl. Höhensonne. Brunnenstraße 185. 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1. Nähe Rosenth. Platz.

Ges. Gr. Berlin 16. Distrikt 3. Abt. Bez. 754. Nachruf. Allen Genossinnen und Genossen zur Nachricht, daß der Genosse Gastwirt Adolf Prechel, Samoastraße 10 verstorben ist. Ehre seinem Andenken.

Berlin, d. 21. Dezb. 19. Todesanzeige! Bertha Koppe geb. Zimmermann. Du warst so gut, Du starbst zu früh, Vergessen werden wir dich nie! Dies zeigen tiefbetrübt an Oskar Koppe als Mann, Erich Koppe nebst Frau, Max, Otto Koppe als Söhne, Mutter, Schwester und Brüder nebst Angehörigen. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachm. 2 Uhr auf dem Friedhof in Marzahn statt. Abfahrt 2.14 Lichtenberg-Friedrichsfelde.

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung E. V. Sitz Berlin Gegr. 1905. Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Oranienstraße 63-64, I Tr. Geöffnet von 10-6 Uhr, Sonnabends v. 10-2 Uhr. Am 19. 12. verstarb unser Mitglied Josef Rittel Kopenhagener Str. 8. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung erfolgt Mittwoch, den 24. nachmittags 3 Uhr im Krematorium Gerichtstr. Der Vorstand.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 19. Dezember durch einen Unglücksfall mein innigst geliebter, herzensguter Mann und treusorgender Papa, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt und frühere Tischlermeister Rudolf Koppe im 44. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme schmerzerfüllt an Alma Koppe geb. Theuer, nebst Sohn. Du warst so gut und starbst so früh, vergessen werden wir dich nie. Der Tag der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter Karl Blunk, Weißensee, Wörthstr. 16, am 19. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Segens-Gemeindekirchhofes in Weißensee, Gustav-Adolf-Straße aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Rollkutscher Karl Schötz, von der Firma Hinkel, Invalidenstr., am 19. d. M. im Alter von 49 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 24. d. M., vormittags 10 Uhr im Krematorium Berlin, Gerichtstraße 37, statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksverwaltung.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleid. 11—1, 5—7 Potsdamer Str. 27 b. Damenzimmer.

Schnellaufbohrer, [illegible] Schmirgelleinen, [illegible] stahl, kauft höchstzahlend jeden Posten [illegible] Moabit, Rostocker Straße, Ecke Wittstocker Straße.

Unterricht in russischer Sprache erteilt Russe. [illegible] Offerten [illegible] Genossen [illegible] Freiheit-Spedition [illegible] Neckarstraße.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen bis 4 Uhr nachm. [illegible] Expedition [illegible] aufgegeben [illegible]

Maschinen und Geldschrank-Transport-Geschäft Wilhelm Kessing, Berlin, Simeonstraße 20. Telephon: Moritzplatz 2076. Uebernahme von Fabrik-Umzügen, An- und Abfuhr von Bahn.